



**Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Dezember 2022**
Monatsbericht

11

*Neues Jahresgutachten des
Sachverständigenrates*

15

*BMWK fördert nachhaltige
Innovationen im Leichtbau*

18

*Künstliche Intelligenz – eine
Gefahr für den Wettbewerb?*

**DEUTSCHE INDUSTRIE
SCHAFFT DEUTLICHE
GASEINSPARUNGEN**

Produktion bleibt weitgehend stabil – allerdings besondere Belastung
der energieintensiven Branchen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Tage und Nächte werden kälter. Der Ukraine steht ein schwieriger Kriegswinter bevor. Für die Ukraineerinnen und Ukrainer bringt er zusätzliches Leid mit sich. Viele Menschen werden immer wieder Kälte und Dunkelheit ausgesetzt sein, auch weil Russland gezielt die ukrainische Energieinfrastruktur angreift. Gerade in dieser Situation müssen wir die Ukraine mehr denn je unterstützen.

Auf die deutsche Wirtschaft wirkt sich der Krieg insbesondere durch die Energiepreissteigerungen aus. Davon sind vor allem die energieintensiven Industriezweige betroffen: Die Produktion ist dort seit Jahresbeginn um 10,4 Prozent zurückgegangen. Zugleich zeigen jüngste Zahlen, dass es großen Teilen der Industrie gelungen ist, substanziell Gas einzusparen, ohne die Produktion zurückzufahren. Hintergründe und Details beleuchten wir in dieser Ausgabe.

Auch das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in diesem Jahr vom Krieg in der Ukraine und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt. Wir stellen Ihnen zentrale Inhalte des Gutachtens der fünf „Wirtschaftsweisen“ vor.

Die Klimakonferenz in Ägypten zeigt: Wir müssen unsere klimapolitischen Anstrengungen intensivieren. Rund die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen geht auf die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen zurück. Wir beleuchten in dieser Ausgabe, welchen Beitrag der Leichtbau zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs leisten kann und warum es wichtig ist, Leichtbaumaterialien kreislauffähiger zu machen.



Einen Beitrag zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit kann auch Künstliche Intelligenz (KI) leisten. KI ist darüber hinaus eine Schlüsseltechnologie, die künftig einen wesentlichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften haben dürfte. In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick auf die Herausforderungen der zunehmenden Bedeutung von KI für die Wettbewerbspolitik.

Außerdem betrachten wir neue Erkenntnisse aus der Vermögensforschung, und wie die Europäischen Digitalen Innovationszentren zur Digitalisierung im Mittelstand beitragen können.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine schöne Adventszeit und eine interessante Lektüre.

A handwritten signature in black ink that reads "Robert Habeck". The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-Ausgaben online lesen: www.bmwk.de/schlaglichter

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 40 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 Deutsche Industrie schafft deutliche Gaseinsparungen
- 11 „Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten“ – Sachverständigenrat legt Jahresgutachten vor
- 15 Leichtbau in der Kreislaufwirtschaft
- 18 Künstliche Intelligenz – eine Gefahr für den Wettbewerb?
- 22 Auf einen Blick: Strompreise
- 23 EU unterstützt Digitalisierung im Mittelstand
- 24 Aktuelle Erkenntnisse aus der Vermögensforschung
- 25 Termine

Konjunktur

- 27 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im November 2022
- 33 BIP-Nowcast für das 4. Quartal 2022 und 1. Quartal 2023
- 35 Die Lage der Weltwirtschaft zum Ende des Jahres 2022

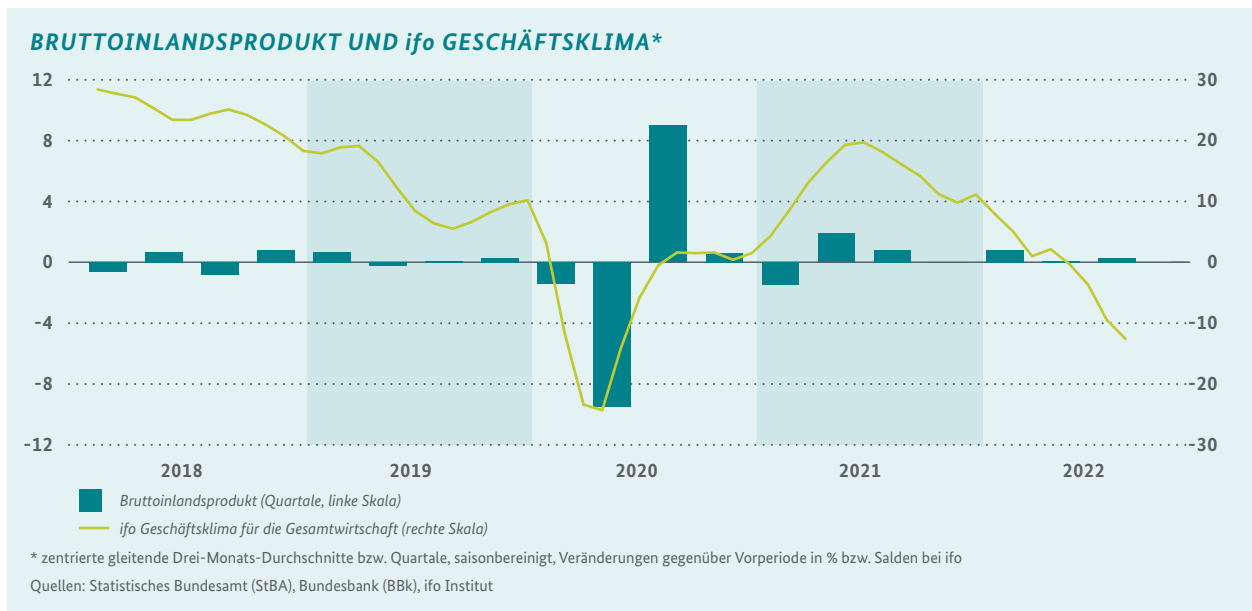
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

November 2022

Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession im Winterhalbjahr.



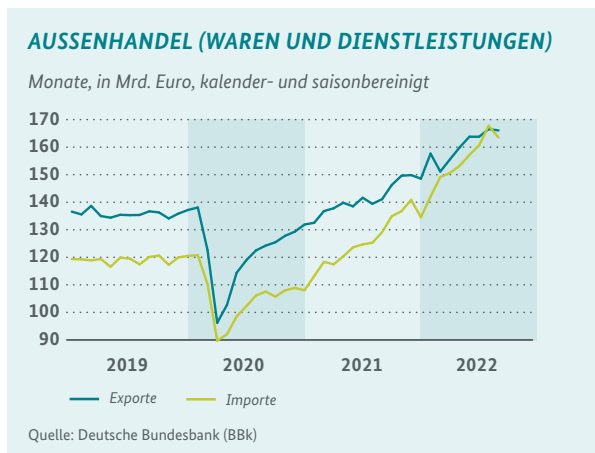
Gesamtwirtschaft



Die deutsche Konjunktur wird zunehmend durch die anhaltend hohen Energiepreise und die einhergehenden Verluste an Kaufkraft belastet. Auch wenn es im dritten Quartal noch einmal zu leichtem Wachstum gekommen ist, muss im Winterhalbjahr 2022/23 mit einer rückläufigen Wirtschaftsleistung gerechnet werden.



Außenwirtschaft



Die Ex- und Importe lagen im September wieder im Minus, nach deutlichen Zuwächsen im Vormonat.

Dass die Importe zuletzt stärker zurückgingen als die Exporte, dürfte am stark rückläufigen Gaspreis im September gelegen haben. Der Handelsbilanzüberschuss erholte sich auf sehr niedrigem Niveau etwas.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

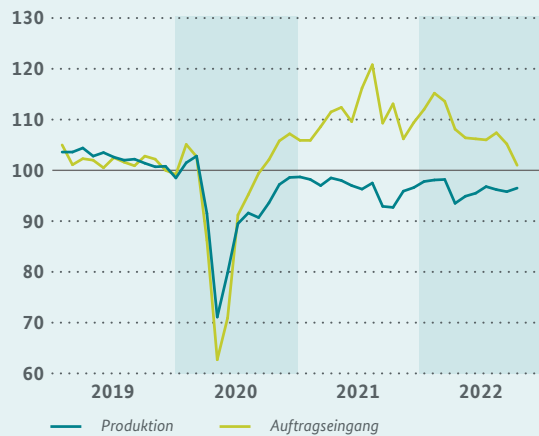
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Nach zwei Rückgängen in Folge nahm die Industrieproduktion zum Ende des dritten Quartals noch einmal leicht zu. Die Aussicht für die Industriekonjunktur in den kommenden Monaten bleibt aber angesichts einer spürbar sinkenden Nachfrage und einer deutlich unterkühlten Stimmung in den Unternehmen eingetrübt.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Umsatz im Einzelhandel legte im September wieder zu. Das ist insofern bemerkenswert, als Tankstellen aufgrund des Auslaufens des Tankrabatts das größte Minus seit Beginn der Erhebung der Zeitreihe gemeldet haben. Insgesamt ist die Verbraucherstimmung aber weiterhin sehr stark eingetrübt.

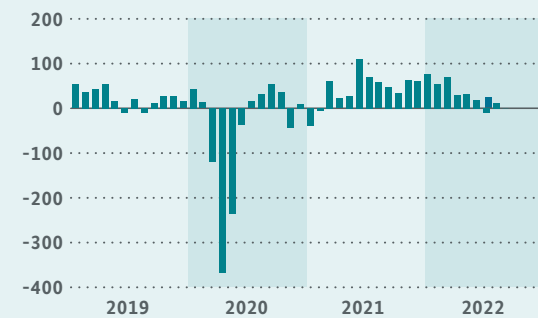


Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust, aber auch erste Spuren der ungünstigen konjunkturellen Aussichten. Die Erwerbstätigkeit stagnierte auf einem Höchststand. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat nachgelassen, da sich die Fluchtmigration aus der Ukraine nicht mehr erhöhend auswirkte.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat

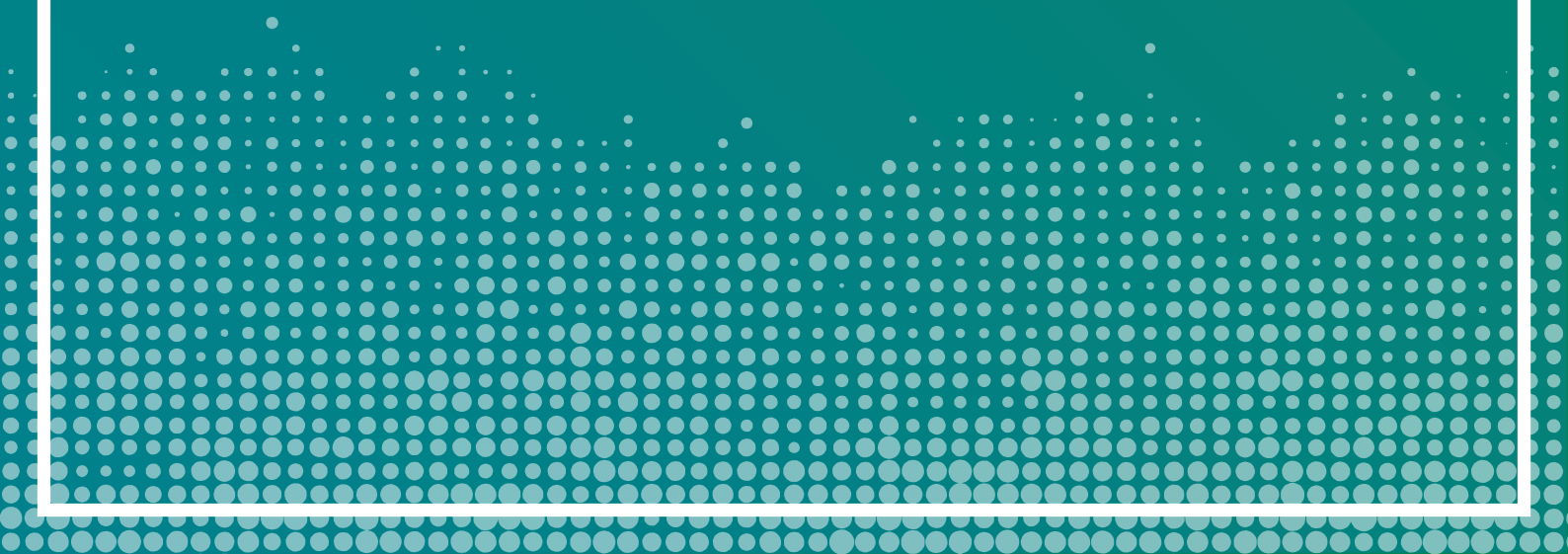


Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Deutsche Industrie schafft deutliche Gaseinsparungen

Produktion bleibt weitgehend stabil – allerdings besondere
Belastung der energieintensiven Branchen



Um das Risiko einer Gasmangellage im Winter 2022/2023 zu vermeiden, muss der Gasverbrauch in Deutschland deutlich zurückgefahren werden. Während die Verhaltensanpassung der Haushalte auch aufgrund der verzögerten Preisweitergabe langsamer erfolgt, sind in der Industrie bereits deutliche Einsparerfolge zu sehen. Einer Studie der Berliner Hertie School zufolge hat die Industrie bereits im September 2021 in Reaktion auf die gestiegenen Energiepreise mit Einsparungen begonnen. Haushalte und kleinere Gewerbekunden hätten hingegen erst seit März 2022 signifikant Gas eingespart.¹

GASVERBRAUCH LIEGT RUND 25 PROZENT UNTER DREIJAHRSSCHNITT

Abbildung 1 zeigt anhand von Daten der Bundesnetzagentur (BNetzA), dass der Gasverbrauch in der deutschen Industrie insgesamt seit Jahresbeginn kontinuierlich zurückgegangen ist und mittlerweile rund 25 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten drei Jahre liegt. Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie und Wissenschaft argumentieren häufig, dass diese Gaseinsparungen mit einem Rückgang der Produktion oder dem Verzicht auf Produktion einhergehen. Eine Gegenüberstellung der Verbrauchsdaten mit den Produktionsdaten zeigt jedoch, dass dies nur zum Teil zutrifft.

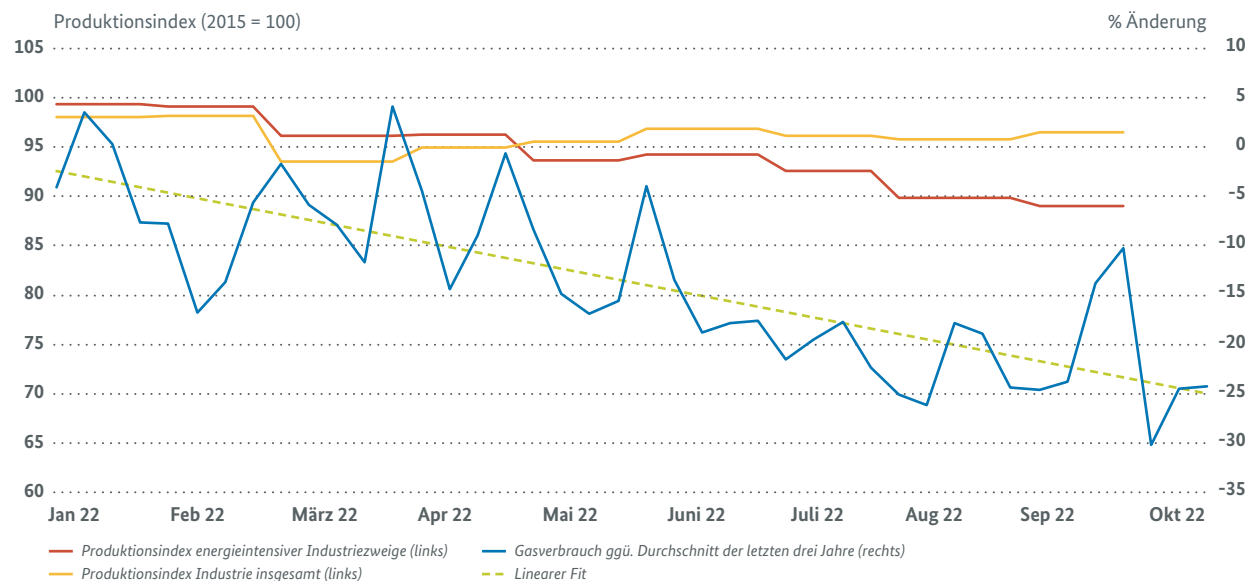
PRODUKTIONSRÜCKGÄNGE VOR ALLEM IN ENERGIEINTENSIVEN BRANCHEN

Die Produktion in der deutschen Industrie lag im September 2022 insgesamt um 1,6 Prozent niedriger als zu Jahresbeginn. Hinter dem Aggregat steht jedoch eine differenzierte Entwicklung in den einzelnen Bereichen: Vor allem energieintensive Industriezweige sind durch die gestiegenen Energiepreise stark betroffen. Hier war die Produktion im Vergleich zum Jahresanfang um 10,4 Prozent rückläufig.

Zu den energieintensiven Industriezweigen zählen die Chemieindustrie, Metallherzeugung und -bearbeitung, Kokerei und Mineralölverarbeitung, die Herstellung von Glas, Keramik und verwandten Waren sowie die Herstellung von Papier und Pappe. Durch ihre Relevanz als Produzenten von Vorleistungsgütern haben diese Branchen für die folgenden Stufen der Wertschöpfungsketten zugleich eine gewichtige gesamtwirtschaftliche Rolle.

Die Produktion in den nicht-energieintensiven Bereichen, auf die etwa vier Fünftel der gesamten Bruttowertschöpfung in der Industrie entfallen, hat sich trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds gut gehalten: Seit Jahresbeginn liegt sie mit +0,7 Prozent sogar leicht im Plus.

ABBILDUNG 1: SUBSTITUTION IN DER ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIE



Quelle: Statistisches Bundesamt, BNetzA

¹ <https://www.hertie-school.org/en/content/detail/content/new-data-consumers-have-reduced-gas-consumption-significantly-in-response-to-energy-crisis>



TABELLE 1

| | Nicht-energieintensive Industrie | Energieintensive Industrie | Industrie gesamt |
|---|----------------------------------|----------------------------|------------------|
| Anteil an Bruttowertschöpfung (2020) | 79% | 21% | 100% |
| Entwicklung des Produktionsindex seit Jahresbeginn 2022 | +0,7% | -10,4% | -1,6% |

Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

Der Einbruch in der Produktion ist also insgesamt gesehen merklich geringer, als der Rückgang im Gasverbrauch vermuten ließe. Dies deutet darauf hin, dass es vielen Unternehmen gelungen ist, Gas in der Energieversorgung leichter zu ersetzen, als zu Beginn der Krise angenommen wurde. Vor allem die nicht-energieintensiven Unternehmen haben offensichtlich Wege gefunden, die Produktion trotz verknapptem und verteuertem Gas vergleichsweise stabil zu halten. Aber auch in energieintensiven Bereichen ist die Produktivität pro eingesetzter Energieeinheit gestiegen: Mit 25 Prozent weniger Gas wird im Durchschnitt nur 10,4 Prozent weniger produziert.

WIE KANN GAS IN DER INDUSTRIE EINGESPART WERDEN?

Die Gaseinsparung konnte durch verschiedene Maßnahmen bzw. eine Kombination dieser realisiert werden:

- **Brennstoffwechsel:** Gas wird, zumindest teilweise, durch andere Energieträger ersetzt, z. B. durch Beimischung anderer Brennstoffe (Erdöl, Kohle, Flüssiggas, Wasserstoff, Biofuels) oder durch die Nutzung von elektrischem Strom als Wärmequelle.
- **Energieeffizienzmaßnahmen:** Die gleiche Menge an Output wird mit einem geringeren Input an Energie hergestellt. Die Anreize, solche Maßnahmen umzusetzen und ggf. entsprechende Investitionen vorzunehmen, sind bei den aktuellen Marktpreisen sehr hoch.
- **Rückgriff auf den Weltmarkt:** Energieintensive Güter werden nicht mehr produziert, sondern zumindest vorübergehend importiert. Dadurch geht ein Teil der Wertschöpfung im Inland verloren. Dies kann mit einem entsprechenden Verlust von Arbeitsplätzen und Kompetenzen verbunden sein. Wenn auf importierte Vorprodukte zurückgegriffen werden kann, können wichtige Wertschöpfungsketten bei nachgelagerten Industrien jedenfalls kurzfristig intakt bleiben.
- (zeitlich begrenzte) **Einschränkung der Produktion**

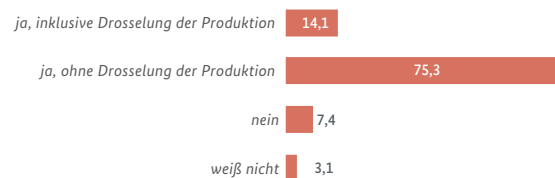
Nicht alle diese Maßnahmen sind schnell umsetzbar oder wünschenswert. Sie benötigen meist zeitlichen Vorlauf und Investitionen seitens der Unternehmen, sei es durch Veränderungen an den eingesetzten Anlagen oder komplett neue Technik. In manchen Fällen steht die für eine entsprechende Umrüstung benötigte Technik auch noch nicht oder nicht im erforderlichen industriellen Maßstab zur Verfügung. Dennoch deuten die Ergebnisse darauf hin, dass es vielen Unternehmen bereits gelungen ist, auch kurzfristig die Effizienz zu steigern oder auf Gas zu verzichten – und dabei die Produktion insgesamt nur vergleichsweise gering einzuschränken.

TEILWEISE WEITERE EINSARPOTENTIALE VORHANDEN

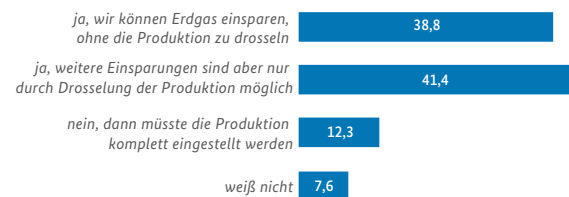
Laut einer aktuellen Umfrage des ifo Instituts gaben fast 90 Prozent der Unternehmen, die Erdgas in ihrem Produktionsprozess einsetzen, an, bereits Maßnahmen ergriffen zu haben, um Gas einzusparen (siehe Abbildung 2). Besonders bemerkenswert ist, dass drei Viertel der befragten Unternehmen erklärten, dies sei ohne Drosselung der Produktion gelungen. 80 Prozent der befragten Unternehmen sehen die Möglichkeit weiterer Einsparmaßnahmen bei Gas in den kommenden 6 Monaten. Knapp die Hälfte davon (39 Prozent aller Unternehmen) müsste dabei nach eigener Aussage die Produktion nicht senken, bei der anderen Hälfte (41 Prozent aller Unternehmen) würden weitere Maßnahmen jedoch mit einer Produktionsdrosselung einhergehen. Die Umfrage differenziert allerdings nicht nach Energieintensität der befragten Unternehmen.

ABBILDUNG 2: GASEINSPARMÖGLICHKEITEN IN DER WIRTSCHAFT

Hat Ihr Unternehmen in den letzten 6 Monaten Maßnahmen ergriffen, um Erdgas einzusparen?



Ausgehend vom aktuellen Erdgasverbrauch Ihres Unternehmens (und eventuell bereits ergriffenen Maßnahmen), sehen Sie (weiteres) Einsparpotential für die kommenden 6 Monate?



Quelle: ifo Institut



Rund 12 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, kein weiteres Einsparpotential zu sehen, weil dann die Produktion komplett stillgelegt werden müsste. Einige, aber nicht alle der einfachsten Einsparmaßnahmen („low-hanging fruits“) dürften also bereits ausgeschöpft sein. Weitere Einsparungen bei vergleichsweise geringen Produktionseinbußen dürften daher nur noch in beschränktem Rahmen möglich sein.

BUNDESREGIERUNG FLANKIERT ANSTRENGUNGEN MIT WIRTSCHAFTSABWEHRSCHIRM, STROM- UND GASPREISBREMSE

Dennoch sind die bisherigen Gaseinsparungen in der Industrie bei insgesamt vergleichsweise stabiler Produktion angesichts der Rahmenbedingungen mehr als beachtlich und in erster Linie der Kreativität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu verdanken. Die Daten lassen darauf schließen, dass wir auf einem guten Weg sind, die Gaseinsparziele für diesen Winter zu erreichen. Parallel zu den notwendigen Einsparbemühungen der Verbraucher hat die Bundesregierung frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um die Gasversorgung abzusichern, beispielsweise durch Füllung der Speicher und den Aufbau von LNG-Terminals.

Zugleich ist es wichtig, durch zielgerichtete Maßnahmen Unternehmen in solchen Bereichen zu unterstützen, in denen es sonst zu einer Drosselung der Produktion und dem Ausfall kritischer Vorleistungsgüter käme oder bereits gekommen ist. Die Bundesregierung hat dazu den Wirtschaftsabwehrschirm aufgesetzt. Die Strom- und Gaspreisbremsen werden zudem die Energiepreiserhöhungen dämpfen und so die Belastungen für die deutsche Wirtschaft abfedern. Einsparanreize sollen dabei aufrechterhalten bleiben.

KONTAKT

Dr. Felix Arnold, Dr. Christian Wittneben, Periklis Daflos

Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

schlaglichter@bmwk.bund.de



Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) legt neues Jahresgutachten 2022/2023 vor

Die „Fünf Wirtschaftsweisen“ haben ihr aktuelles Jahresgutachten am 9. November 2022 an Bundeskanzler Olaf Scholz übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. „Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten“ lautet der Titel des Gutachtens. Es steht in der kurzen Frist im Zeichen der durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hervorgerufenen Verwerfungen bei der Energieversorgung und widmet sich in der mittleren Frist weiteren Herausforderungen wie der Dekarbonisierung der Industrie sowie dem Fachkräftemangel.

HOHE ENERGIEPREISE BELASTEN DIE KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG

Der SVR sieht die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland durch die Energiekrise und die hohe Inflation belastet. Zum einen führten hohe Energie- und Lebensmittelpreise zu Kaufkraftverlusten und bremsten den privaten Konsum; zum anderen belasteten Energieknappheit und entsprechend hohe Kosten die heimische Produktion, insbesondere von energieintensiven Unternehmen. Auch schwächelte die Exportnachfrage aufgrund der wirtschaftlichen Abkühlung weltweit.

Für das laufende Jahr erwartet der SVR daher ein Wachstum von noch +1,7 Prozent (SVR-Prognose von März dieses Jahres: +1,8 Prozent); für das kommende Jahr rechnet der SVR

sogar mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -0,2 Prozent (statt +3,6 Prozent). Damit ist er etwas optimistischer als die Bundesregierung, die in ihrer Herbstprojektion ein Wachstum von 1,4 Prozent im laufenden Jahr und einen Rückgang von -0,4 Prozent im kommenden Jahr erwartet (vgl. Abbildung 1). Die Bundesregierung konnte wegen eines früheren Veröffentlichungszeitpunkts, anders als der SVR, jedoch noch nicht eine relativ positive Entwicklung im dritten Quartal berücksichtigen.

Sorge bereitet den „Wirtschaftsweisen“ die Entwicklung der Verbraucherpreisinflation. Sie rechnen hier mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 8,0 Prozent im laufenden und 7,4 Prozent im kommenden Jahr. Hohe Inflationsraten bergen nach Auffassung des SVR nicht nur Gefahren für das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt, sondern können auch verteilungspolitische Probleme mit sich bringen (vgl. Wortmeldung von Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier auf Seite 12).

Am Beispiel der Inflationsrate im September 2022 zeigt der SVR auf, dass einkommensärmere Haushalte besonders stark von Inflation betroffen sind – ablesbar an der relativen Belastung in Prozent des Nettohaushaltseinkommens (vgl. Abbildung 2): je ärmer der Haushalt, desto größer die relative Belastung durch Inflation (linke Skala) und desto geringer seine Sparquote (rechte Skala).



Welche Aufgaben hat der SVR?

Der SVR ist das zentrale wirtschaftspolitische Beratungsgremium der Bundesregierung; das BMWK betreut ihn federführend. Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963. Der Rat wurde eingerichtet „zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit“. In seinem Jahresgutachten, das bis zum 15. November eines jeden Jahres vorzulegen ist, untersucht der SVR über die gesamtwirtschaftliche Lage und Entwicklung hinaus u. a., wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wachstum) erreicht werden können. Die Bundesregierung nimmt im Jahreswirtschaftsbericht (JWB) Stellung zum Gutachten. Er wird im Januar des jeweils folgenden Jahres vorgelegt.

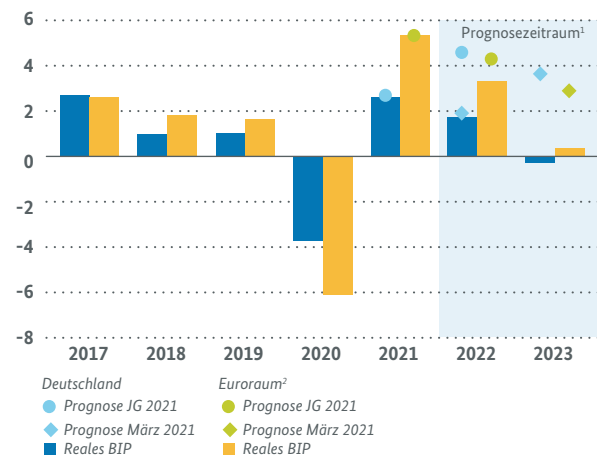
Die Bundesregierung hat den SVR zudem beauftragt, die Aufgabe des Nationalen Ausschusses für Produktivität auf EU-Ebene wahrzunehmen. Das Mandat sieht u. a. vor, dass der SVR seine diesbezüglichen Analysen in Form eines Kapitels des Jahresgutachtens veröffentlichen soll (in diesem Jahr: Kapitel 7 „Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten geopolitischer Veränderungen“).

Dem SVR („Fünf Wirtschaftsweisen“) gehören derzeit an: Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schnitzer (Vorsitz), Prof. Dr. Veronika Grimm, Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier, Prof. Dr. Achim Truger und Prof. Dr. Martin Werding.

Weitere Informationen: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>

ABBILDUNG 1: WACHSTUMSPROGNOSE DES SVR FÜR DEUTSCHLAND UND DEN EURORAUM

Veränderung zum Vorjahr in %



1 Prognose des Sachverständigenrates; 2 Prognosen basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten

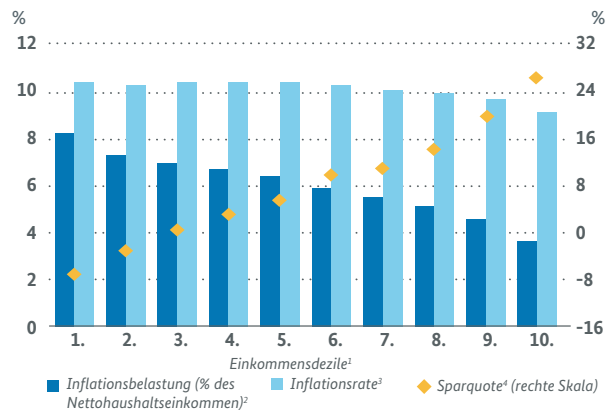
Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2022/2023, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2022>

ENTLASTUNGSMASSNAHMEN ZIELGERICHTETER AUSGESTALTEN

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund bemängelt der SVR, dass viele der beschlossenen und geplanten Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung nicht zielgenau auf bedürftige Haushalte ausgerichtet seien. Denn sie würden in großem Maße auch einkommensstarken Haushalten zugutekommen, die nach Auffassung des SVR die Belastungen selbst tragen könnten. Um eine zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes bzw. eine inflationstreibende Wirkung der breit angelegten Entlastungsmaßnahmen (über besserdienende Haushalte) zu begrenzen, schlägt der SVR vor,

ABBILDUNG 2: INFLATION IM SEPTEMBER 2022 BELASTET HAUSHALTE MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN BESONDERS STARK



1 Nettohaushaltseinkommen sind äquivalenzgewichtet gemäß der modifizierten OECD-Skala. Durchschnittswerte für Einkommenszehntel.

2 Einkommensfortschreibung gemäß Veränderung des nominalen Lohneinkommens 2021Q2 bis 2022Q2.

3 Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in %.

4 Gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2018.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2022/2023, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2022>

den – wenn auch „steuersystematisch geboten“ – Ausgleich der kalten Progression „auf einen späteren Zeitpunkt“ zu verschieben. Zudem bringt der SVR ins Spiel, dass einkommensstarke Haushalte „streng befristet“ über einen Energie-Solidaritätszuschlag oder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes an der Finanzierung der Entlastungsmaßnahmen beteiligt werden könnten. Somit könnte nach Meinung des SVR „die Zielgenauigkeit des Gesamtpaketes aus Entlastungen und Belastungen“ erhöht werden. Dies könnte dazu beitragen, die Energiekrise solidarisch zu bewältigen.

Der SVR empfiehlt, Entlastungsmaßnahmen so zu konzipieren, dass Energiesparreize erhalten



WORTMELDUNG



Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier

Mitglied des Sachverständigenrates

ZIELGENAUE ENTLASTUNG MINDERT INFLATIONS- STEIFERNDEN EFFEKT

Die Verbraucherpreisinflation in Deutschland erreichte im Oktober 2022 mit 10,4 Prozent den höchsten Wert seit Anfang der 1950er-Jahre. Angesichts überlappender Krisen (Corona, Energie, Klima) ließe sich diese Entwicklung als nachrangig einordnen. Es hat sich jedoch noch nie ausgezahlt, die Inflation zu ignorieren. Hohe Inflationsraten dämpfen das Wirtschaftswachstum und können sich negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken, auch weil sie die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen nachteilig beeinflussen. Das schadet langfristig allen.

Haushalte sind durch die Inflation unterschiedlich stark belastet. Ärmere Haushalte müssen ihren Konsum besonders stark einschränken, weil sie einen größeren Anteil ihres Nettoeinkommens für Energie und Lebensmittel ausgeben. Deshalb sollten diese Haushalte möglichst zielgenau entlastet werden. Allerdings sollten die Anreize zum Energiesparen – also das Knappheitssignal hoher Energiepreise – erhalten bleiben.

Idealerweise würden direkte Transfers jene Haushalte entlasten, die von der hohen Inflation besonders stark betroffen sind und kaum über finanzielle Spielräume verfügen. Möglichst schnell sollte dazu ein Instrument geschaffen werden, das eine zielgenaue, einkommensabhängige Entlastung von Haushalten in Form von Einmalzahlungen unbürokratisch und schnell erlaubt.

Gleichzeitig sollte die nationale Fiskalpolitik die Bemühungen der EZB, die Inflation einzudämmen, unterstützen und nicht konterkarieren. Entlastungsmaßnahmen, die die verfügbaren Einkommen in der Breite erhöhen, steigern die Nachfrage und treiben die Inflation weiter an.

Würde zeitlich befristet der Spitzensteuersatz erhöht oder etwa ein Energie-Solidaritätszuschlag für Besserverdienende eingeführt, könnten die Entlastungsmaßnahmen teilweise gegenfinanziert werden. Dies würde die Schuldenaufnahme begrenzen und den inflationssteigernden Effekt der Entlastungen reduzieren. —

bleiben und zielgenau auf untere und mittlere Einkommen ausgerichtet werden; bei Unternehmen seien sie auf besonders durch die gestiegenen Energiepreise betroffene Unternehmen zu fokussieren, die mittelfristig ein tragfähiges Geschäftsmodell aufweisen.

STAATSFINANZEN MITTELFRISTIG KONSOLIDIEREN

Zusätzliche Sondervermögen (sowohl im Hinblick auf die Bundeswehr als auch auf den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, WSF) bewertet der SVR angesichts der geringeren Haushaltstransparenz kritisch. Gleichzeitig sieht er in der erneuten Einhaltung der Schuldenbremse 2023 aber auch die Chance, weiteren nicht krisenbezogenen Ausgabenwünschen vorzubeugen. Dennoch: Die ökonomischen Folgen des Kriegs in der Ukraine könnten eine Anwendung der Ausnahmeklausel der Schuldenbremse auch 2023 rechtfertigen.

Die mittelfristige Tragfähigkeit des deutschen Staatshaushalts sieht der SVR durch die zuletzt deutlich angestiegene Schuldenstandsquote bislang nicht gefährdet; die Staatsfinanzen müssten aber mittelfristig konsolidiert werden. Auf europäischer Ebene mahnen die „Wirtschaftsweisen“ eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion an, die nicht zuletzt im steigenden Zinsumfeld die Schuldenfähigkeit seiner Mitglieder sichert und die staatliche Aufgabenerfüllung gewährleistet.

In der EU könnten nach Auffassung des SVR gemeinsam bereitgestellte Finanzmittel (sog. Fiskalkapazitäten) für Krisenzeiten, wie der Europäische Stabilitätsmechanismus oder der Wiederaufbaufonds NextGenerationEU, ergänzt werden durch eine gemeinsame Finanzierung von Projekten (z. B. durch EU-eigene Einnahmen oder erhöhte nationale Beiträge an den EU-Haushalt), die einen europäischen Mehrwert liefern.

KEINE BREITE DEINDUSTRIALISIERUNG ZU BEFÜRCHTEN

Das Gutachten zeigt auf, dass Unternehmen in Deutschland und der EU von gestiegenen Energiepreisen stärker betroffen sind als internationale Wettbewerber. Diese Benachteiligung dürfte nach Auffassung des SVR in den nächsten Jahren andauern. Zwar sei mit einem Rückgang der Energiepreise zu rechnen, nicht aber auf das Vorkrisenniveau.

Um den Anstieg der Energiepreise zu dämpfen, sollten kurzfristig möglichst umfassend Erzeugungs- und Kraftwerkskapazitäten mobilisiert (erneuerbare Energien, Kohle- und Atomkraftwerke) und das Energieangebot erhöht werden. Ziel dabei sei, dass die Kapazitäten der teureren Gaskraftwerke immer seltener markträumend und



somit preissetzend wirken; sie sollen somit in der so genannten Merit Order nach außen verschoben werden. Um die vorübergehende Nutzung von Kohle- und Kernkraftwerken zu beenden, sollen die erneuerbaren Energien schnellstmöglich EU-weit ausgebaut werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten hierzu weiter verbessert werden.

Die bereits vor der Krise begonnene Dekarbonisierung der Industrie und den daraus resultierenden Strukturwandel sieht der SVR durch die gegenwärtige Entwicklung beschleunigt. Zwar könne es in besonders energieintensiven Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, zu Abwanderungen kommen, doch befürchtet der SVR keine breite Deindustrialisierung. Denn bereits im vergangenen Jahrzehnt sei die Energieintensität der Industrie deutlich zurückgegangen (wegen einer veränderten Industriestruktur und/oder verbesserter Energieeffizienz).

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM NEUEN GEOPOLITISCHEN UMFELD STÄRKEN

Der SVR betont die Vorteile einer Integration in den Weltmarkt. Neue Herausforderungen seien nun entstanden durch (neue) Abhängigkeiten bei Energie, kritischen Rohstoffen sowie durch Subventionen von Wettbewerbern in Drittstaaten; zudem würde Wirtschaftspolitik vermehrt durch geostrategische Überlegungen beeinflusst. Die Frage sei, wie strategische Autonomie gestärkt werden kann, ohne außenwirtschaftliche Offenheit einzuschränken.

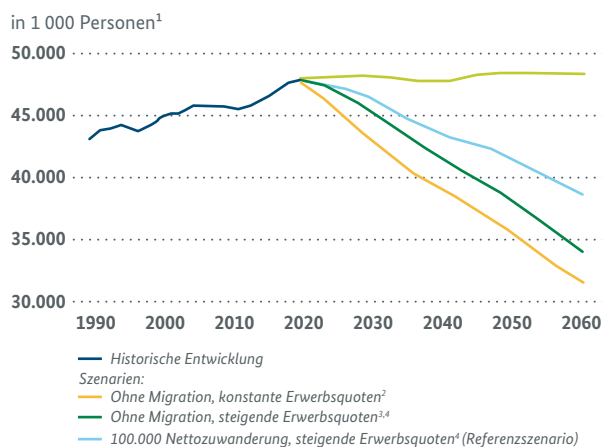
Hierzu seien Lieferketten zu diversifizieren. Zwar läge dies auch nach Vorstellung des SVR vor allem in der Verantwortung der Unternehmen, doch könne der Staat unterstützen – u. a. durch strategische Allianzen, ungebundene Finanzkredite und Investitions Garantien.

Auch der Ausbau von Produktionskapazitäten in der EU könne sinnvoll sein, z. B. bei erneuerbaren Energien und durch heimischen Abbau kritischer Rohstoffe. Der SVR lobt hierbei das Konzept der „Offenen Strategischen Autonomie“ der EU und erachtet deren erweitertes Handelsschutzinstrumentarium als ausreichend, handelsverzerrende Praktiken in Drittstaaten zu sanktionieren.

FACHKRÄFTE DURCH WEITERBILDUNG UND ERWERBSMIGRATION SICHERN

Die „Wirtschaftsweisen“ warnen aufgrund der demografischen Entwicklung vor einem deutlich schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzial (vgl. Abbildung 3). Hierdurch dürften Fachkräftengpässe entstehen, die Risiken für die wirtschaftliche Dynamik, die Tragfähigkeit der Sozialversicherungssysteme sowie die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft darstellen. Weiterbildung und Erwerbsmigration könnten Abhilfe schaffen.

ABBILDUNG 3: STABILISIERUNG DES ERWERBS-PERSONENPOTENZIALS ERFORDERT HOHE ZUWANDERUNG UND STEIGENDE ERWERBSQUOTEN



1. Inländerkonzept. 2. Demografischer Effekt: Resultat des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung. 3. Verhaltenseffekt: Effekt steigender inländischer Potenzialerwerbsquoten von Frauen und Älteren. Szenario berücksichtigt den demografischen Effekt, aber keine Migration. 4. Steigende Erwerbsquoten: Die Projektion der Erwerbsquoten (genau genommen werden in der Simulation die Potenzialerwerbsquoten, also die Erwerbsquoten plus Stille-Reserve-Quoten, verwendet.

Quelle: Fuchs et al. (2021)

Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2022/2023,
<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2022>

Weiterbildung könne durch bundesweite Standards gestärkt werden, etwa bei der Mindestqualität von Angeboten und bei Teilqualifizierungsmodulen. Der SVR regt u. a. an, zudem die Weiterbildungsberatung flächendeckend verfügbar zu machen und stärker auf Bedarfe Geringqualifizierter auszurichten. Ein Recht auf bundesweite längere Bildungs(tel)-zeit könnte nach Auffassung der Wirtschaftsweisen gerade in vom Strukturwandel betroffenen Branchen helfen, sich frühzeitig beruflich umzuorientieren.

Der SVR regt an, zentrale Hürden für Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten – insbesondere restriktive Qualifikationsauflagen bei der Gleichwertigkeitsprüfung sowie hoher Verwaltungs- und Zeitaufwand bei der Visa-Erteilung – abzubauen. Vorbild könnte etwa die so genannte Westbalkanregelung sein. Sie könnte entfristet und auf ausgewählte Drittstaaten ausgeweitet werden. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Benedikt Langner

Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwk.bund.de

Das Jahresgutachten ist abrufbar unter:

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2022.html>

Die Bundesregierung nimmt im Jahreswirtschaftsbericht zum Jahresgutachten Stellung. Dieser wird im Januar 2023 vorgelegt.



Leichtbau in der Kreislaufwirtschaft

BMWK fördert nachhaltige Innovationen im Leichtbau

Der globale Rohstoffverbrauch hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht. Nach einer Prognose der OECD könnte sich der Verbrauch von heute bis 2060 nochmals verdoppeln. Der Earth Overshoot Day – also der Tag, an dem die Menschheit alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht hat, die die Erde innerhalb eines Jahres regenerieren kann – rückt beharrlich im Kalender nach vorne. Dabei besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Rohstoffverbrauch und Klimawandel: Rund die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen gehen auf die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen zurück.

ENTKOPPLUNG VON WACHSTUM UND RESSOURCENVERBRAUCH NOTWENDIG

Angesichts dieser Entwicklung gilt es, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch auch weiterhin voneinander zu entkoppeln.

Ein ressourcenschonenderes Wirtschaften kommt nicht nur Klima und Umwelt zugute; es kann auch Abhängigkeiten in der Lieferkette reduzieren und durch den geringeren Ressourcenbedarf dazu beitragen, dass knappe Rohstoffe dort verfügbar sind, wo sie benötigt werden. Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil besteht darin, dass Materialeffizienz Unternehmen dabei hilft, sich vor Preissteigerungen bei den Materialkosten zu schützen.

Um den primären Rohstoffverbrauch möglichst weit zu senken, ist eine Transformation der industriellen Wertschöpfung vom linearen Wirtschaften hin zu einem zirkulären System – der Kreislaufwirtschaft bzw. Circular Economy – erforderlich. Dies geschieht, indem Rohstoffe in möglichst geschlossenen Kreisläufen geführt werden. Zusätzlich ist auch auf den möglichst effizienten Einsatz von Material zu achten.



Zirkuläres Wirtschaften steht für ein ressourceneffizientes und nachhaltiges Modell der Produktion und des Verbrauchs, in dem Rohstoffe möglichst lange innerhalb eines Kreislaufsystems weiter- und wiederverwertet werden. Dieses zirkuläre Modell steht im Gegensatz zu einer **linearen Wirtschaftsweise** („Wegwerfwirtschaft“), die mit der Gewinnung und dem Verbrauch von Rohstoffen sowie deren Ausschleusung aus dem Produktkreislauf in Form von Abfall einhergeht.

Leichtbautechnologien reduzieren den Materialeinsatz bei der Herstellung von Produkten (etwa durch abfallärmere Fertigungsverfahren wie additive Fertigung oder durch innovative Konstruktionsansätze). Gewichtsoptimierte Pkw, Züge, Schiffe oder Flugzeuge in Leichtbauweise verbrauchen überdies weniger Treibstoffe. Dieser doppelte Hebel macht Leichtbau zu einer Schlüsseltechnologie für Klimaschutz, Ressourcenschonung und eine nachhaltige Verkehrswende.

LEICHTBAU LEISTET BEITRAG ZUR ABFALLVERMEIDUNG

Leichtbautechnologien können über zahlreiche Branchen hinweg eine Schlüsselrolle bei der Materialeffizienz spielen. So kann Leichtbau den für die Herstellung von Produkten erforderlichen Materialeinsatz unmittelbar verringern und damit auch einen Beitrag zur Abfallvermeidung leisten. Der durch Materialeffizienz verfolgte Ansatz – ‚die besten Materialien sind die nicht genutzten‘ – fügt sich insofern nahtlos in die Kreislaufwirtschaft ein.



Derzeit stehen Fördermittel von rund 70 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung.

Ein Beispiel für die hohe Materialeffizienz von Leichtbaulösungen liefert ein im Rahmen des Technologietransfer-Programms Leichtbau des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK) gefördertes Projekt zur Entwicklung innovativer Carbonbewehrungen für Bauteile aus Beton. Carbonbeton kann den Bedarf an klimaintensivem Zement bei der Herstellung von Bauteilen im Vergleich zu herkömmlichem Stahlbeton drastisch reduzieren. Angesichts der Tatsache, dass die Zementindustrie für etwa ein Fünftel der Treibhausgasemissionen im deutschen Industriesektor verantwortlich zeichnet, liegt hierin ein großer Hebel für den Klimaschutz.

Das BMWK fördert anwendungsnahe F&E-Projekte durch das im Jahr 2020 erfolgreich gestartete **Technologietransfer-Programm Leichtbau**. Ziel des branchen- und technologieoffenen Programms ist es, Innovationen im Leichtbau in die breite industrielle Anwendung zu bringen. Derzeit stehen Fördermittel von rund 70 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Nähere Informationen finden sich hier: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Technologie/technologietransfer-programm-leichtbau.html>

RECYCLINGFÄHIGKEIT BLEIBT HERAUSFORDERUNG

Bei allen Vorteilen der Materialeinsparung in der Herstellungsphase darf indes der gesamte Lebenszyklus von Leichtbauprodukten nicht unberücksichtigt bleiben. Hier ergibt sich ein uneinheitliches Bild im Hinblick auf das Produktlebensende, da im Leichtbau eine große Vielzahl unterschiedlicher Materialien eingesetzt wird. Manche dieser Materialien weisen hervorragende Recyclingeigenschaften auf und lassen sich – wie etwa Metalle – beliebig oft im Kreislauf führen. Bei anderen Leichtbaumaterialien bedeutet die Kreislaufführung hingegen meist noch eine erhebliche Herausforderung. →

Moderne Leichtbauprodukte basieren zunehmend auf komplexen Verbundwerkstoffen, so genannten Composites, in denen mehrere Materialien dauerhaft miteinander verbunden werden. Diese lassen sich nach der Nutzung bislang nur schwer wieder sortenrein in ihre ursprünglichen Grundstoffe zerlegen, weshalb Recycling-Konzepte derzeit kaum realisierbar sind. So werden etwa die Rotorblätter moderner Windenergieanlagen aus Kunststoffen gefertigt, die mit Carbon- oder Glasfasern verstärkt sind. Bislang können solche faserverstärkten Kunststoffe nur in sehr begrenztem Umfang recycelt oder verwertet werden.

TECHNOLOGIETRANSFER-PROGRAMM STÄRKT FOKUS AUF KREISLAUFFÄHIGKEIT

Damit Leichtbaulösungen nicht nur materialsparend, sondern auch umfassend nachhaltig sind, muss der Verbleib des Materials nach Lebensende mitgedacht werden. Die Kreislauffähigkeit sollte daher auch bei Leichtbaumaterialien – insbesondere bei Composites – möglichst schon durch ein recyclinggerechtes Design in der Produktentwicklung sichergestellt werden.

Positiv ist, dass im F&E-Bereich bereits ganzheitliche Ansätze vorangetrieben werden, die Aspekte wie Recycling und Nachhaltigkeit im Leichtbau von Anfang an zentral berücksichtigen. Im Rahmen des Technologietransfer-Programms Leichtbau fördert das BMWK etwa die Entwicklung von gewichtsoptimierten Bauteilen aus Recycling-Aluminium oder von recyclingfähigen Carbonfasern auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Um dieser positiven Entwicklung weiteren Anstoß zu verleihen, soll das Technologietransfer-Programm Leichtbau um einen inhaltlichen Fokus auf Kreislaufwirtschaft im Leichtbau erweitert werden.

LEBENSZYKLUSBASIERTE BEWERTUNG GIBT ORIENTIERUNG

Life Cycle Assessments (LCAs) helfen dabei, mögliche Zielkonflikte zwischen Materialeffizienz, Gewichtseinsparung, Funktionalität, Lebensdauer und Kreislauffähigkeit frühzeitig zu identifizieren und Lösungen zu entwickeln. LCAs ermöglichen eine lebenszyklusbasierte Bewertung der Umweltauswirkungen von Produkten oder Materialien. Auf diese Weise können Hersteller schon frühzeitig in der Produktentwicklung evidenzbasierte Material-, Design- und Konstruktionsentscheidungen treffen, die im Zusammenspiel den geringsten CO₂- und Material-Fußabdruck über den gesamten Lebensweg eines Leichtbauprodukts aufweisen. Hierbei sind nicht zuletzt auch Kostenfaktoren zu berücksichtigen.

DAS NATIONALE LEICHTBAU-VALIDIERUNGSZENTRUM (LEIV) DIENST ALS ANLAUFSTELLE

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen nachhaltige Innovationen auch von Anfang an wirtschaftlich sein. Als Anlaufstelle für diese Fragen fungiert seit Juni 2022 das Nationale Leichtbau-Validierungszentrum (LEIV) in Dresden, das unter anderem durch eine Anschubfinanzierung des BMWK realisiert werden konnte. KMU können das LEIV als Reallabor nutzen, um die Leistungsfähigkeit nachhaltiger Leichtbautechnologien im industriellen Maßstab zu demonstrieren. Hierdurch sollen Innovationen im Leichtbau schneller in die industrielle Anwendung überführt werden.

LIGHTWEIGHTING SUMMIT FÖRDERT VERNETZUNG

Da eine Kreislaufwirtschaft das Zusammenspiel verschiedener Akteure aus den unterschiedlichsten Wirtschaftszweigen erfordert, setzt sich das BMWK für die branchenübergreifende Vernetzung der Leichtbau-Community ein. So soll etwa der 4. Lightweighting Summit im Rahmen der HANNOVER MESSE 2023 die Chancen und Herausforderungen des Einsatzes von Leichtbautechnologien in der Kreislaufwirtschaft beleuchten. Das BMWK verfolgt somit insgesamt mit vielfältigen Aktivitäten das Ziel, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um das große Innovationspotenzial der Schlüsseltechnologie Leichtbau im Verbund mit der Kreislaufwirtschaft auszuschöpfen. —

Der **Lightweighting Summit** ist seit 2019 die zentrale Veranstaltung des BMWK zur branchenübergreifenden Vernetzung der Leichtbau-Akteure im Rahmen der HANNOVER MESSE. Der 4. Lightweighting Summit im April 2023 wird das Zusammenspiel von Leichtbau und Kreislaufwirtschaft mit Teilnehmenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

KONTAKT

Alexander Pirang

Referat: Bauwirtschaft, Leichtbau/Neue Werkstoffe,
Ressourceneffizienz

schlaglichter@bmwk.bund.de



Künstliche Intelligenz – eine Gefahr für den Wettbewerb?

Die Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in Unternehmen bietet eine Vielzahl von neuen und oft noch nicht im Detail absehbaren Möglichkeiten: von einer Steigerung der Effizienz und der Nachhaltigkeit in der Produktion (Industrie 4.0) über gezielte, individualisierbare Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen bis hin zu gänzlich neuen Geschäftsmodellen. KI wird schon heute als eine der Schlüsseltechnologien angesehen, die über die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften im digitalen Zeitalter entscheiden werden. Allerdings ist insbesondere in Sektoren mit steigenden Investitionen in immaterielle Vermögenswerte ein Anstieg der Marktkonzentration zu beobachten. Die zunehmende Bedeutung von Software, Daten und KI könnte somit zu einer Gefahr für den Wettbewerb werden und staatliches Handeln erfordern.

ANWENDUNGSBEREICHE VON KI AUS SICHT VON UNTERNEHMEN

In den vergangenen Jahren hat die Entwicklung und Anwendung von KI einen deutlichen Schub erfahren, wobei starke Unterschiede bei der Unternehmensintegration von

KI sowohl zwischen Ländern als auch zwischen Sektoren bestehen. Ein detaillierter Datensatz zu Investitionen in KI-Anwendungen in Unternehmen liegt noch nicht vor. Allerdings liefert der auf Unternehmensumfragen beruhende *IBM AI Index 2022* erste Indikationen zu Anwendungsgebieten, treibenden Kräften und Hindernissen von KI nach Industrien und Ländern. Dabei sind große industriespezifische Unterschiede auffällig: Vor allem in der Automobilbranche, im Handel und in der Verteidigungsindustrie spielt KI in unterschiedlichen Anwendungsgebieten eine zunehmende Rolle. Zum Beispiel lässt sich beobachten, dass 46% der Firmen im Einzelhandel KI im Bereich Marketing und Verkauf anwenden; im Bereich Luftfahrt und Verteidigung geben 38% der Unternehmen an, KI zur Bilderkennung zu nutzen. Auffällig ist jedoch, dass insbesondere in staatlichen Einrichtungen KI sehr viel weniger zur Anwendung kommt.

Heterogenität lässt sich auch im internationalen Vergleich beobachten: Vornehmlich Unternehmen in Indien und China nutzen KI in größerem Umfang, wohingegen die Befragten in Frankreich, Australien und auch in den USA eine geringere KI-Implementierung angegeben haben. Auch Deutschland liegt beim Ein-



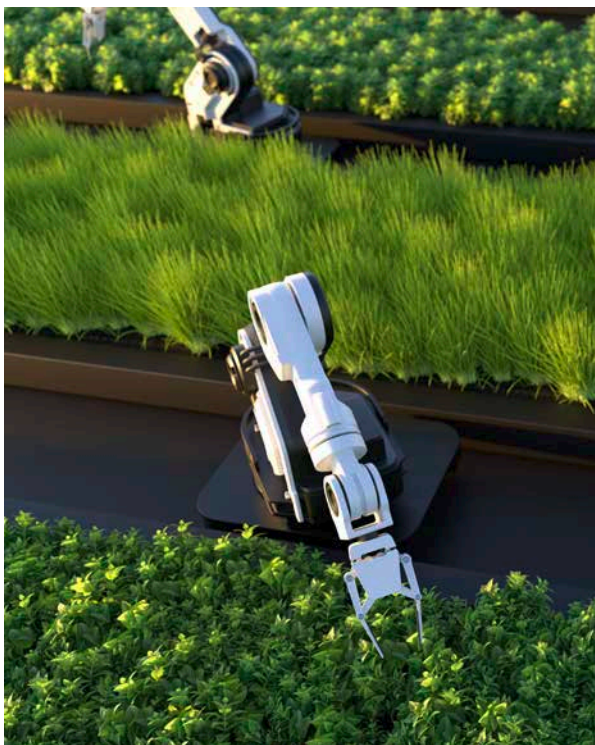
satz als auch der Erforschung von KI nur im globalen Mittelfeld. In Deutschland wird KI insbesondere in den Bereichen Monitoring, Steuerung und Automatisierung von Business- und IT-Prozessen verwendet.

TREIBER FÜR INVESTITIONEN IN KI

Die Daten des *IBMAI Index* erlauben es zudem, industrieübergreifend treibende Kräfte für die Nutzung von KI festzustellen. Vor allem die Notwendigkeiten zur Kostenreduktion, die Automatisierung von Prozessen (beispielsweise im Zuge fortschreitender Industrie 4.0) und der Fachkräftemangel stellen Faktoren für eine verstärkte Implementierung von KI in Unternehmen dar. Zudem findet eine zunehmende Einbindung von KI in Standardgeschäftsanwendungen, wie zum Beispiel Sprach- und Bilderkennung oder automatische Textvervollständigung, statt.

In Bezug auf die Umfrageergebnisse aus Deutschland ist auffällig, dass für die befragten Unternehmen neben den genannten Faktoren auch der Wettbewerbsdruck und die bessere Zugänglichkeit von KI eine wichtige Rolle spielen, um KI-Integrationsprozesse zu erleichtern. Aktuelle Themen wie Nachfrageänderungen durch COVID-19 oder Nachhaltigkeitsüberlegungen spielen bei den Befragten dagegen bislang nur eine untergeordnete Rolle.

Neben treibenden Kräften für eine verstärkte KI-Nutzung in Unternehmen liegen auch Informationen zu Hindernissen im *IBMAI Index 2022* vor: Demnach stellt insbesondere



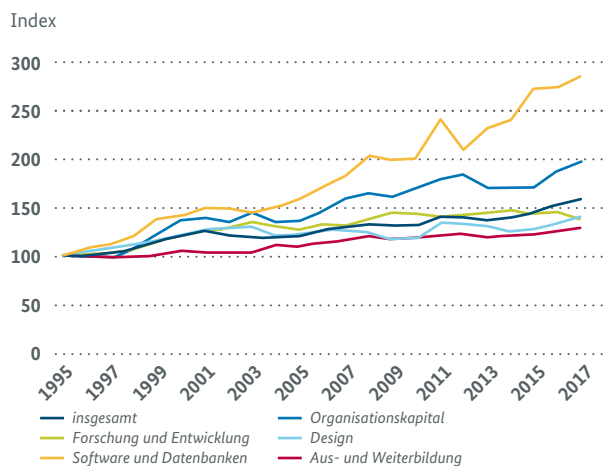
fehlende Erfahrung im Umgang mit KI für einen Großteil der deutschen Unternehmen eine Hürde dar, gefolgt von Problemen bei der Integration und Skalierung von KI-Projekten, hohen Preisen und dem Fehlen einer ganzheitlichen Unternehmensstrategie zum Thema KI.

Ein ausführlicher Ausweis der Investitionen in KI-Anwendungen in Unternehmen liegt als Datensatz bislang nicht vor. Solche Investitionen werden allerdings als Bestandteil der immateriellen Investitionen (Computersoftware, Datenbanken, Urheberrechte und sonstige immaterielle Anlagegüter) ausgewiesen. Diese Investitionen stellen zudem gleichzeitig eine notwendige Voraussetzung für die Implementierung von KI-Anwendungen dar.

DEUTLICHE ANSTIEGE DER INVESTITIONEN IN DATENBANKEN UND SOFTWARE

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung ausgewählter wissensbasierter Investitionen in Deutschland. Während die gesamten, preisbereinigten Investitionen in diesem Bereich zwischen 1995 und 2017 um rd. 60% zugenommen haben, stiegen insbesondere diejenigen in Software und Datenbanken mit mehr als 180% auffällig stark an.

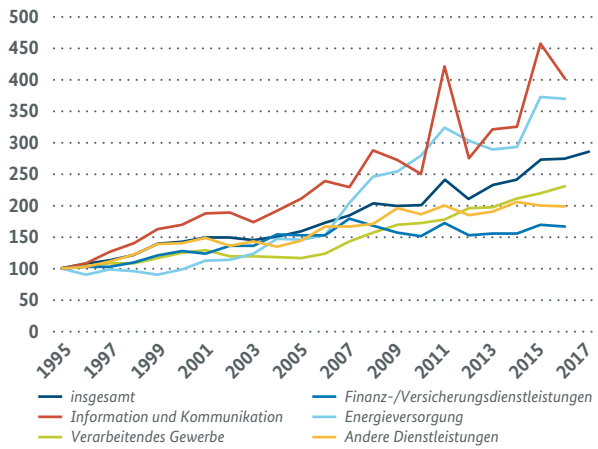
ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER WISSENSBASIRTER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND



Innerhalb der Wirtschaftszweige zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede in den Investitionen in Datenbanken und Software: Abbildung 2 veranschaulicht, dass sich diese Investitionen im Bereich Information und Kommunikation, auf den ohnehin bereits ein Drittel dieser Investitionen entfällt, seit Mitte der neunziger Jahre mehr als verdreifacht haben. Ein ebenfalls deutlicher Anstieg von mehr als 260% ist bei der Energieversorgung zu erkennen. →

ABBILDUNG 2: INVESTITIONEN IN DATENBANKEN UND SOFTWARE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Index



Quellen: INTAN-INVEST Datenbank, eigene Berechnungen

WISSENSBASIERTE INVESTITIONEN UND MARKTKONZENTRATION

Schon heute ist in den Märkten für Software, Soziale Medien oder Kommunikationsnetzwerke ein starker Anstieg der Marktkonzentration zu beobachten, insbesondere durch den rasanten Aufstieg von Tech-Giganten wie Apple, Alphabet, Meta oder Amazon. Grundlage des Aufstiegs dieser „Superstar“-Unternehmen sind zum großen Teil der Fortschritt in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie direkte und indirekte Netzwerkeffekte, z. B. bei digitalen Plattformen. Hinzu kommt die neuerdings zunehmende Bedeutung des maschinellen Lernens und Künstlicher Intelligenz. Es mehren sich die Debatten, inwiefern auch in Sektoren, welche KI und IKT nicht entwickeln, diese Technologien jedoch anwenden, ein höheres Risiko für sinkende Markteffizienz durch weniger Wettbewerb, steigende Preisaufschläge oder Markteintrittsbarrieren besteht.

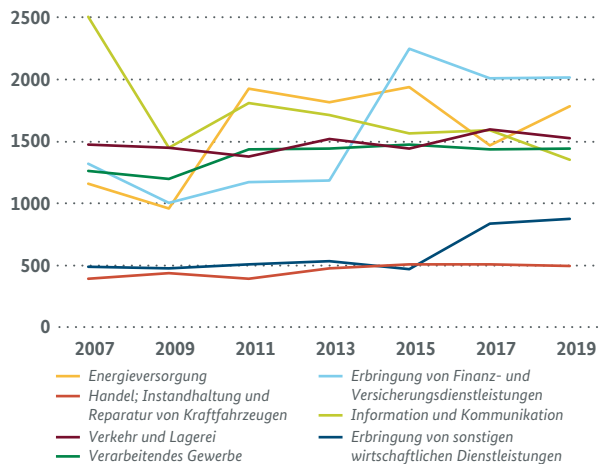
Aktuelle Studien (siehe Bajgar et al. (2021), de Ridder (2019), de Loecker et al. (2020)) zeigen, dass Investitionen in immaterielle Vermögenswerte einen Haupttreiber für den Anstieg der Marktkonzentration in den letzten zwei Jahrzehnten darstellen. Eine steigende Unternehmenskonzentration und höhere Gewinne können auf die zunehmende IKT-Nutzung zurückgeführt werden, wobei sich Marktanteile zunehmend auf einzelne Unternehmen mit hohen Preisaufschlägen konzentrieren.

Abbildung 3 veranschaulicht, dass insbesondere die Bereiche, in denen vergleichsweise hohe Investitionen in Software und Datenbanken stattfanden, tendenziell auch eine

höhere Marktkonzentration (gemessen am Herfindahl-Hirschmann-Index) aufweisen. So ist eine hohe Marktkonzentration in den Bereichen Energie, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie IKT auffällig.

ABBILDUNG 3: MARKTKONZENTRATION NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Herfindahl-Hirschmann-Index



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grundsätzlich impliziert eine erhöhte Marktkonzentration nicht zwingend einen geschwächten Wettbewerb, sondern kann auch beobachtet werden, wenn die innovativsten und produktivsten Unternehmen über einen hohen Marktanteil verfügen. Allerdings können höhere Preisaufschläge insbesondere in Märkten durchgesetzt werden, in welchen kein vollkommener Wettbewerb herrscht bzw. ein höheres Risiko für Marktmacht einzelner Unternehmen besteht. Erhöhte Marktkonzentration kann also sowohl ein Anzeichen für allokativen Effizienz als auch für verminderten Wettbewerbsdruck und damit einhergehende Produktivitätsverluste sein.

Empirische Untersuchungen lassen erste Rückschlüsse auf den Zusammenhang zwischen immateriellen Vermögenswerten, Marktkonzentration und möglichen Wettbewerbsverzerrungen zu (Bajgar et al., 2021). Mit Hilfe von Analysen auf Basis von amtlichen Daten des Statistischen Bundesamts, Informationen aus der CompNet Datenbank und Innovationserhebungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung lassen sich im europäischen Raum sowohl in Industrien mit hohen Investitionen in immaterielle Vermögenswerte als auch mit hoher Marktkonzentration erhöhte Preisaufschläge in der letzten Dekade nachweisen. Zudem kann insbesondere in Sektoren mit höheren Preisaufschlägen eine niedrige Lohnquote beobachtet werden.





Der Zusammenhang zwischen KI und den untersuchten Wettbewerbsindikatoren bleibt jedoch weiterhin unklar. Einerseits legt de Ridder (2019) dar, dass Investitionen in immaterielle Güter die Grenzkosten senken und die Fixkosten erhöhen und Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschafft, welcher wiederum andere Unternehmen vom Markteintritt abhält. Somit könnten steigende Investitionen in KI insbesondere in Sektoren mit schon heute hohen Marktkonzentrationen wie in den Bereichen Energie, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen oder IKT den Markteintritt von Konkurrenten zukünftig weiter erschweren. Andererseits könnten sowohl neue und innovative Unternehmen mit Hilfe von KI zukünftig die Marktdominanz einzelner Unternehmen herausfordern. Dies spricht dafür, den Zugang zu Daten, Software und die Nutzung von KI auch in kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern.

WETTBEWERBSPOLITISCHE IMPLIKATIONEN

Die dargestellten Zusammenhänge zeigen mit Blick auf die verstärkte Verbreitung und Nutzung von KI-Anwendungen erste Ansatzpunkte für wettbewerbspolitische Herausforderungen. Der Gesetzgeber hat darauf schon in früheren GWB-Novellen, wie z. B. dem GWB-Digitalisierungsgesetz, reagiert. Insgesamt besteht die Notwendigkeit, kartellrechtliche Interventionsmöglichkeiten zur Regulierung von Tech-Monopolen schon im Frühstadium und nicht erst im Falle der klassischen Marktdominanz zu ermöglichen, um eine wettbewerbsfördernde Marktordnung in den zunehmend digitalisierten Industrien garantieren zu können. Auf EU-Ebene wird dies durch den Digital Market Act (DMA) in Bezug auf die zentralen Plattformdienste so genannter Gatekeeper möglich werden. Allerdings weisen Regulierungsmaßnahmen wie der DMA die Schwäche auf, dass sie kaum flexibel auf neue technologische Entwicklungen und darauf basierende Wettbewerbsverzerrungen reagieren können.

Nachdem Tech-Giganten ihre marktmächtige Position bei Online-Diensten wie z. B. Suchmaschinen, sozialen Netzen oder Vermittlung aufgebaut haben, liegt die Vermutung nahe, dass ähnliche Entwicklungen durch den Aufstieg von selbst-lernender KI auch in anderen Bereichen zu erwarten sind. Daher ist es aus wettbewerbspolitischer Sicht zentral, steigende Konzentrationen und abnehmenden Wettbewerbsdruck auf Märkten frühzeitig zu erkennen, um wettbewerbschädlichen Entwicklungen frühzeitig entgegenzutreten zu können. Hierzu können neue wettbewerbspolitische Instrumente genutzt oder auch etablierte Instrumente, wie z. B. die Fusionskontrolle, modernisiert und verschärft werden. Für die Kartellrechtsanwendung bedarf es einer Weiterentwicklung der verwendeten Methoden, so z. B. der Definition zur Abgrenzung des relevanten Marktes. In der Forschung sollte mit Blick auf die zunehmende Bedeutung von KI tiefer untersucht werden, inwiefern eine verstärkte Nutzung von KI-Anwendungen ein zusätzliches Risiko für den Wettbewerb darstellt, speziell in den Bereichen, in denen schon heute eine hohe Marktkonzentration vorherrscht. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Richard von Maydell, Christoph Menzel

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

schlaglichter@bmwk.bund.de

Literaturverzeichnis:

Bajgar, M., Criscuolo, C., & Timmis, J. (2021). *Intangibles and Industry Concentration*. OECD Science, Technology and Industry Working Papers, OECD Publishing, Paris, 2021(12). <https://doi.org/https://doi.org/https://doi.org/10.1787/ce813aa5-en>

de Loecker, J., Eeckhout, J., & Unger, G. (2020). *The Rise of Market Power and the Macroeconomic Implications*. *Quarterly Journal of Economics*, 135(2), 561–644.

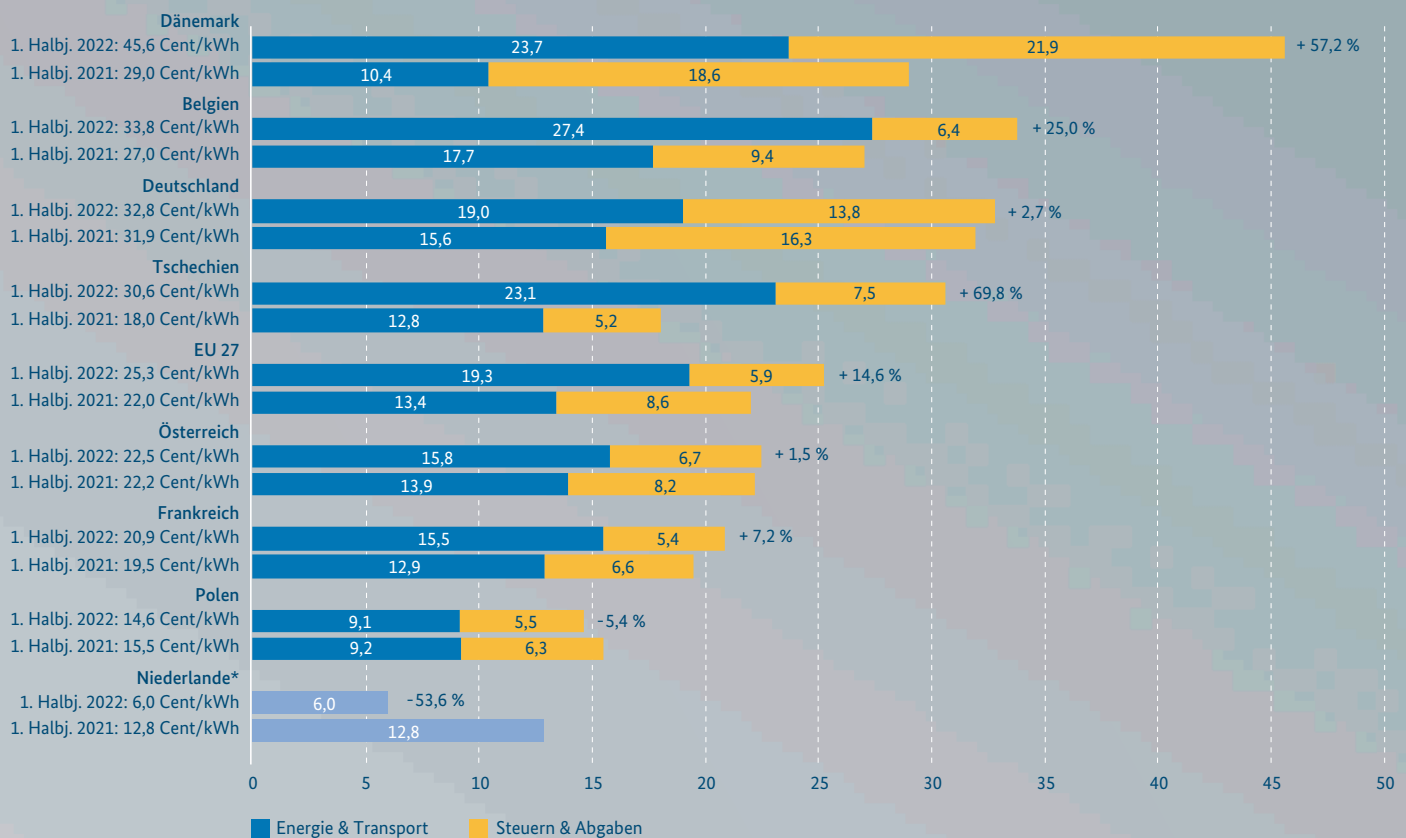
de Ridder, M. (2019). *Market Power and Innovation in the Intangible Economy*. *Cambridge Working Papers in Economics*, Faculty of Economics, University of Cambridge, 1931. <https://ideas.repec.org/p/cam/camdae/1931.html>



AUF EINEN BLICK

Strompreise für Haushaltskundinnen und -kunden

(2500 kWh < Jahres-Verbrauch < 5000 kWh) in Deutschland und EU-Nachbarländern;
Cent pro Kilowattstunde (kWh)



* Niederlande 1. Halbj. 2022: Energie & Transport: 21,9 Cent/kWh; Steuern & Abgaben: -15,9 Cent/kWh (v.a. Steuerentlastungen und Einmalzahlungen)
Niederlande 1. Halbj. 2021: Energie & Transport: 13,5 Cent/kWh; Steuern & Abgaben: -7,0 Cent/kWh (v.a. Steuerentlastungen)

Quelle: Eurostat (Hinweis: Abweichungen durch Rundungen)

Der **Bruttostrompreis** variiert von Land zu Land. Gründe dafür sind vor allem Unterschiede in den nationalen Energiemixen, den Steuern und Abgaben sowie den Netznutzungsentgelten. Zwischen dem 1. Halbjahr 2021 und dem 1. Halbjahr 2022 stiegen die Strompreise in der Europäischen Union für Haushalte mit einem Jahres-Stromverbrauch zwischen 2500 kWh und 5000 kWh um durchschnittlich 14,6 Prozent. In Deutschland stiegen sie mit 2,7 Prozent unterdurchschnittlich, was unter anderem auf die Absenkung der EEG-Umlage von 6,5 auf 3,723 Cent pro Kilowattstunde im Januar 2022 zurückzuführen ist. Im Juli 2022 wurde die Umlage auf 0 Cent/kWh abgesenkt, im Januar 2023 wird sie ganz abgeschafft. Angesichts weiter steigender Kosten soll der Strompreis in Deutschland für Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen ab Januar 2023 bei 40 Cent pro kWh gedeckelt werden. Die Deckelung soll für den Basisbedarf von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten.




KURZ & KNAPP

EU unterstützt Digitalisierung im Mittelstand

European Digital Innovation Hubs ergänzen seit Oktober 2022 das Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren in Deutschland.

Die Europäische Kommission fördert im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ (Digital Europe Programme – DEP; Laufzeit 2021 – 2027) den Aufbau eines EU-weiten, flächendeckenden Netzwerks von Europäischen Digitalen Innovationszentren (European Digital Innovation Hubs – EDIHs). Ziel ist es, die digitale Transformation des Mittelstands und der Verwaltung in der Europäischen Union zu unterstützen. Dafür stellt sie rund 321 Millionen Euro zur Verfügung.

EDIHs sind Organisationen oder Konsortien ohne Gewinnerzielungsabsicht. Sie bieten Dienstleistungen in den Arbeitsbereichen „Ausprobieren vor dem Investieren“, „Aufbau tiefergehender Digitalisierungskompetenz“, „Unterstützung beim Zugang zu Finanzierungen“ sowie „Innovationsökosysteme und Networking“ an. Inhaltlich decken sie die Themenfelder High Performance Computing, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Digitalisierungskompetenzen und weitere innovative Technologien ab. Das Netzwerk wird auf europäischer Ebene vom Digital Transformation Accelerator koordiniert.

Für Deutschland sind bundesweit bis zu 17 EDIHs vorgesehen. Fünf davon sind seit Oktober 2022 an den Start gegangen, die anderen folgen 2023. Die Finanzierung erfolgt zu 50 Prozent aus Mitteln der EU und zu 50 Prozent über nationale Finanzierungsbeiträge des Privatsektors und der öffentlichen Hand. Die Laufzeit der EDIHs beträgt zunächst drei Jahre mit Option auf Verlängerung. Für die dreijährige Laufzeit steht für Deutschland ein Gesamtfördervolumen in Höhe von 42,39 Millionen Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung.

Das Netzwerk der EDIHs ergänzt das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

zu 100 Prozent geförderte deutschlandweite Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren (MDZ), das mehr als 25 Zentren umfasst. Während die MDZ insbesondere auf Vermittlung von Know-how setzen und die ganze Breite der Unternehmen ansprechen sollen, bieten die EDIHs gezielt auch Beratung, Unterstützung bei der Umsetzung und Finanzierung von Digitalisierungsprojekten sowie den Aufbau von Ökosystemen an.

Die EDIHs wie auch die MDZ sind als One-Stop Shops konzipiert. Das bedeutet, dass Unternehmen innerhalb der Netzwerke an kompetente Partnerhubs oder -zentren weitervermittelt werden können. In den meisten EDIHs arbeiten auch Konsortialpartner aus den Mittelstand-Digital Zentren mit. Diese Verflechtungen tragen maßgeblich dazu bei, Synergien im Netzwerk zu heben. In einigen EDIHs sind außerdem de:hubs der Digital Hub Initiative des BMWK als Konsortialpartner beteiligt. Dadurch wird der Kontakt von kleineren und mittleren Unternehmen zu Start-ups erleichtert. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

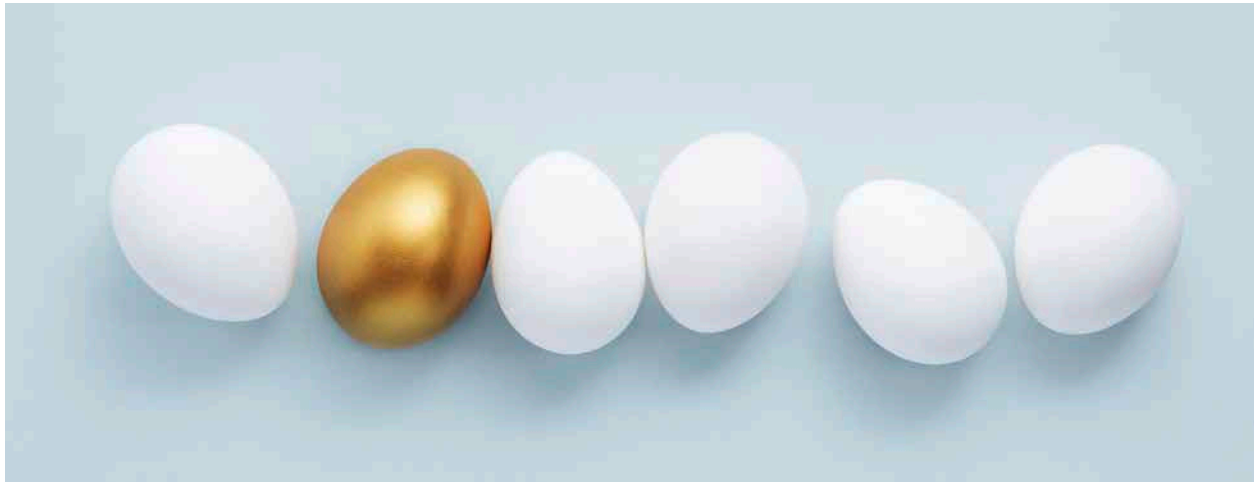
Sabine Döhmer

Referat: Mittelstand Digital
schlaglichter@bmwk.bund.de

[Karte EDIH-Netzwerk](#)

[Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren](#)

[Digital Hub Initiative](#)



Aktuelle Erkenntnisse aus der Vermögensforschung

Die aktuell hohen inflationsbedingten Kaufkraftverluste rücken Fragen der Vermögensverteilung wieder verstärkt in den Fokus. Die Vermögensverteilung gibt Aufschluss darüber, wer innerhalb der Bevölkerung Krisen durch „Entsparen“ leichter überstehen kann und wer nahezu ausschließlich von laufenden Einkünften abhängig ist. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf innovative aktuelle Untersuchungen, welche Umfragedaten mit Vermögensbilanzen verknüpfen, wie etwa Albers et al. (2022) und der Bundesbank-Monatsbericht vom Juli 2022.

Die Studien berichten, dass die Ungleichverteilung der Nettovermögen nach einem Anstieg im Zeitraum der Jahre 1993 bis 2008 nicht weiter zugenommen hat. Der Gini-Koeffizient beträgt seit dem Jahr 2008 in Deutschland rd. 0,75. Das oberste Prozent der Haushalte verfügt dabei über rund 27 Prozent des gesamten Vermögens, während sich der relative Anteil der unteren 50 Prozent am Vermögen von 5 Prozent im Jahr 1978 auf 2,8 Prozent im Jahr 2018 nahezu halbiert hat.

Das Vermögen deutscher Haushalte beträgt im Durchschnitt rund 420.000 Euro (zum Vergleich: Frankreich rd. 400.000 Euro; USA rd. 460.000 Euro). Aufgrund der ungleichen Verteilung liegt der deutsche Median-Haushalt bei nur etwa 120.000 Euro.

Ein starker Vermögenszuwachs ist in den letzten Jahren insbesondere für Immobilienbesitzer zu verzeichnen, welche sich zumeist in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung befinden. Für die oberen 50-99 Prozent stellt Immobilienvermögen dementsprechend auch den größten Vermögensanteil dar (ca. 60 Prozent). Lediglich beim obersten Prozent überwiegt der Wert von Betriebsvermögen. Aktien- und Betriebsvermögen hingegen sind noch ungleicher verteilt als Immobilienbesitz und werden (weiterhin) hauptsächlich von den oberen 10 Prozent der Vermögenden gehalten. Die unteren 50 Prozent, welche kaum Immobilien besitzen, haben ihr Vermögen hingegen zumeist in niedrig- bzw. festverzinsten Anlageformen angelegt, welche besonders anfällig für die derzeitige hohe Inflation sind.

Insgesamt zeigt sich, dass die untere Hälfte der Bevölkerung nach wie vor über vergleichsweise geringe Vermögenswerte verfügt. Im Kontext der aktuellen Inflationsentwicklung bedeutet dies auch, dass diese Personen die aktuelle Krise nicht ohne weiteres aus eigener Kraft bewältigen können und einer Unterstützung bedürfen, worauf die Bundesregierung bereits mit zahlreichen Maßnahmen reagiert hat. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Dr. Holger Lüthen

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

schlaglichter@bmwk.bund.de

Literaturverzeichnis:

Albers, T., Bartels, C. and Schularick, M. (2022): *Wealth and Its Distribution in Germany, 1895-2018*; CESifo Working Papers 9739.

Deutsche Bundesbank (2022): *Eine verteilungsbasierte Vermögensbilanz der privaten Haushalte in Deutschland – Ergebnisse und Anwendungen*; Monatsbericht Juli 2022, 15-40.

Termine

DEZEMBER 2022

| | |
|----------------|--|
| 01.12.2022 | WBF-Rat |
| 05./06.12.2022 | Eurogruppe/ECOFIN |
| 06.12.2022 | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober 2022) |
| 06.12.2022 | TK-/Digitalrat |
| 07.12.2022 | Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober 2022) |
| 14.12.2022 | Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Dezember“ |
| 19.12.2022 | Energierat |
| 20.12.2022 | Umwelt-/Klimarat |

JANUAR 2023

| | |
|----------------|---|
| 06.01.2023 | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November 2022) |
| 09.01.2023 | Produktion im Produzierenden Gewerbe (November 2022) |
| 13.01.2023 | Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Januar“ |
| 16./17.01.2023 | Eurogruppe/ECOFIN |

FEBRUAR 2023

| | |
|----------------|---|
| 06.02.2023 | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember 2022) |
| 06.-08.02.2023 | Informeller WBF-Rat (Stockholm, SWE) |
| 07.02.2023 | Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember 2022) |
| 13.02.2023 | Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Februar“ |
| 13./14.02.2023 | Eurogruppe/ECOFIN |
| 21./22.02.2023 | Informeller TTE-Rat (Energie und Transport) |

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im November 2022¹

IN KÜRZE

Die anhaltend hohen Energiepreise, die steigende Inflation und die damit verbundenen Kaufkraftverluste belasten zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Zwar ist das dritte Quartal laut aktueller amtlicher Zahlen besser verlaufen als erwartet und die deutsche Wirtschaft leicht gewachsen. Für den weiteren Verlauf erwartet die Bundesregierung jedoch eine rückläufige Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2022/23, in deren Folge die Zuwachsrate des BIP im Jahresdurchschnitt 2023 leicht negativ sein dürfte.

Der Industrie ist es gelungen, ihren Gasverbrauch seit Jahresbeginn substantiell zu reduzieren. Ein Großteil dieser Einsparungen ist auf steigende Effizienz sowie Substitution durch alternative Energiequellen zurückzuführen. Produktionseinbußen zeigen sich vor allem in den energieintensiven Industriezweigen. Die Gasspeicher sind Stand Anfang November zu über 99 % befüllt.

Die Industrieproduktion legte am Ende des dritten Quartals noch einmal zu. Der Ausblick für die kommenden Monate ist aber eingetrübt angesichts einer spürbar rückläufigen Nachfrage und einer deutlich unterkühlten Stimmung in den Unternehmen.

Die Umsätze im Einzelhandel nahmen im September wieder zu, obwohl es bei den Tankstellen nach Auslaufen des Tankrabatts zu einem Einbruch gekommen ist. Die Stimmung unter den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern ist nach wie vor stark eingetrübt.

Die Inflationsrate ist im Oktober weiter auf 10,4 % gestiegen, den höchsten Wert seit Dezember 1951. Dabei dürfte sich die Mehrwertsteuersenkung für Erdgaslieferungen und Fernwärme von 19 % auf 7 % dämpfend ausgewirkt haben.

Im Oktober zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust, aber Spuren der ungünstigeren konjunkturellen Aussichten werden erkennbar. Angesichts der Engpässe am Arbeitsmarkt versuchen Unternehmen, ihre Beschäftigten zu halten.

Von Januar bis August 2022 meldeten die deutschen Amtsgerichte mit insgesamt 9.414 beantragten Unternehmensinsolvenzen rund 2 % weniger Anträge als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten auf steigende Insolvenzzahlen in den nächsten Monaten hin, eine „Insolvenzwelle“ ist derzeit jedoch nicht in Sicht.

DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT STEHT VOR WINTERREZESSION

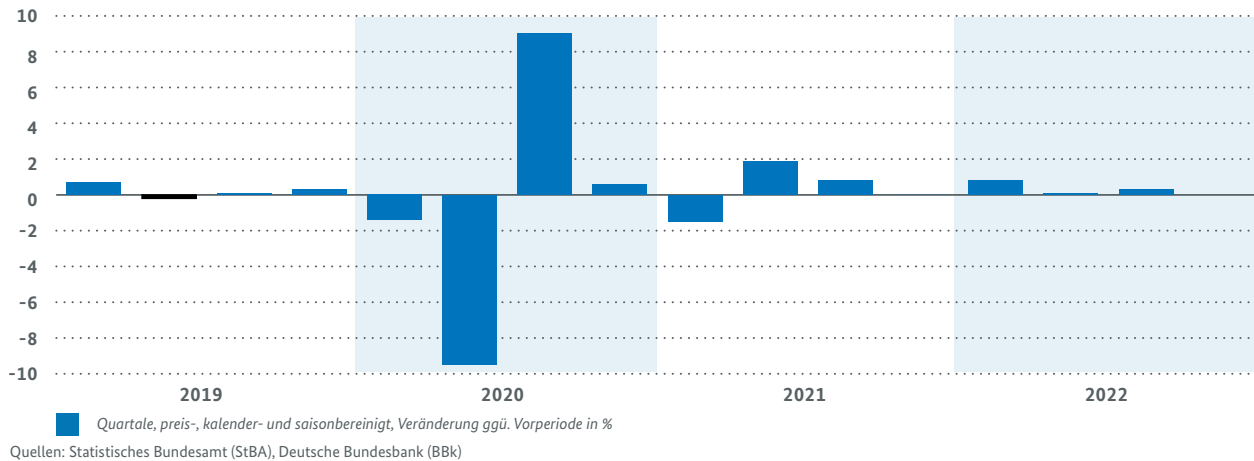
Die anhaltend hohen Energiepreise, die steigende Inflation und die damit verbundenen Kaufkraftverluste belasten weiterhin die Aussichten für die deutsche Wirtschaft. Laut Umfragen liegen sowohl die Geschäftserwartungen der Unternehmen als auch das Konsumklima nach wie vor auf Tiefständen. Demgegenüber stehen aber auch einige Erfolge: So ist es der Industrie gelungen, seit Jahresbeginn gut 20 % ihres Gasverbrauchs einzusparen und unabhängiger von russischem Erdgas zu werden. Ein Großteil dieser Einsparungen ist auf gesteigerte Effizienz zurückzuführen, da sich die Wirtschaftsleistung vergleichsweise stabil hält. Zudem haben Unternehmen in ihrer Produktion Gas teilweise durch alternative Energiequellen substituieren können. Die Gasspeicher sind Stand Anfang November zu über 99 % gefüllt. Zudem ist die Wirtschaft laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 28. Oktober im dritten Quartal entgegen den Erwartungen um preisbereinigt +0,3 % gegenüber dem Vorquartal leicht gewachsen.

Die weiteren Aussichten sind dennoch stark eingetrübt. Die Industrieproduktion insgesamt ist zwar am aktuellen Rand stabil, im Berichtsmonat September wuchs sie um 0,7 %. Deutliche Rückgänge waren aber bereits seit Jahresanfang in den energieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes zu verzeichnen – sie liegen rund zehn Prozent unter dem Niveau vom Jahresanfang. Zudem waren die Auftragseingänge auch im September stark rückläufig (-4,0 %) und sprechen für eine weiter abkühlende Nachfrage. Auch der Ausblick für den Außenhandel bleibt pessimistisch: Im September lagen sowohl Ausfuhren als auch Einfuhren im Minus. Der Anstieg der Verbraucherpreise erreichte derweil im Oktober einen neuen Höchstwert von +10,4 % gegenüber dem Vorjahr. Dies ist der höchste Wert seit über 70 Jahren.

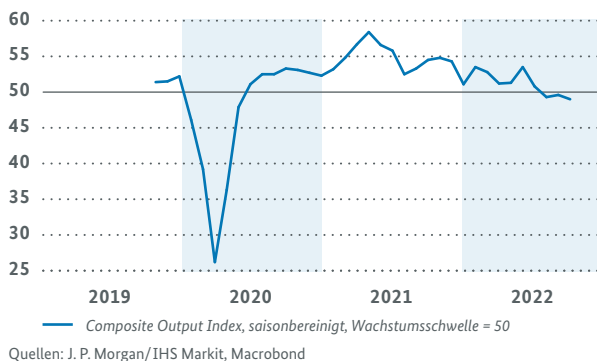
Unter dem Strich bestätigt sich das Bild der Herbstprojektion vom 12. Oktober, nach der die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr noch ein Wachstum von 1,4 Prozent aufweisen dürfte, welches vor allem auf die positive Entwicklung in den ersten drei Quartalen zurückzuführen ist. Im Winterhalbjahr 2022/2023 dürfte die deutsche Wirtschaft dann in eine Rezession rutschen. Für das Jahr 2023 erwartet die Bundesregierung als Folge im Jahresdurchschnitt einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 % im Vorjahresvergleich.



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT**VERBESSERTE LAGE IN DER WELTWIRTSCHAFT**

Aktuelle Indikatoren zeigen eine insgesamt robuste Entwicklung des globalen Umfeldes. Die weltweite Industrieproduktion verbesserte sich im August mit +0,5% leicht gegenüber dem Vormonat und auch der Welthandel legte im August gegenüber dem Vormonat mit +0,7% etwas zu. Auch die Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand signalisieren eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Lage auf niedrigem Niveau. Der Index von S&P Global (ehemals IHS Markit) lag im September zwar weiter unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, konnte allerdings gegenüber dem Vormonat geringfügig zulegen. Die Zuwächse im Dienstleistungsbereich konnten einen Rückgang im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ausgleichen. Für die kommenden Monate rechnen die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer allerdings mit einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
J. P. MORGAN/IHS MARKIT****LEICHTER RÜCKGANG DER IM- UND EXPORTE**

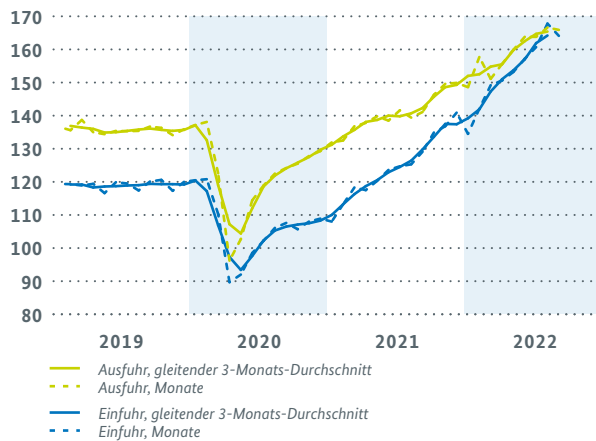
Sowohl die nominalen Einfuhren als auch die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen im September saisonbereinigt mit -2,6% bzw. -0,3% gegenüber dem Vormonat im Minus. Der Rückgang der nominalen Werte liegt vor allem an den stark rückläufigen Preisen der Im- und Exporte (-0,9% bzw. -0,6% ggü. Vormonat). Real dürfte der Rückgang deswegen deutlich schwächer gewesen sein. Infolge des starken Preisrückgangs von importierten Energieträgern, insbesondere Gas, haben sich auch die Terms of Trade verbessert. So erholte sich der Handelsbilanzüberschuss im September deutlich und lag bei +2,6 Mrd. Euro (August: -1,3 Mrd. Euro). Allerdings ist dieser vor allem aufgrund der Energiepreiskrise immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau, im September des Vorjahres lag er mit +12,0 Mrd. Euro fast zehnmal so hoch.

Der Ausblick für den Außenhandel bleibt pessimistisch, hat sich aber leicht verbessert. Die ifo Exporterwartungen haben sich mit -5,3 Saldenpunkten im Oktober leicht verbessert, liegen aber weiterhin auf einem Niveau, das mit dem Frühjahr 2020 vergleichbar ist. Die Erholung von den Lieferengpässen setzt sich, nach dem Rücksetzer im September, im Oktober weiter fort. Laut ifo Umfrage berichten im Oktober 64% der Unternehmen von Engpässen in der Beschaffung. Die Auflösung von Staus vor wichtigen Häfen sowie sinkende Containerfrachtraten dürften die Situation verbessert haben.



EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

| | 2.Q. | 3.Q. | Jul. | Aug. | Sep. |
|--|------|------|------|------|------|
| WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik) | | | | | |
| Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt) | | | | | |
| AUSFUHR | 4,8 | 3,5 | 0,0 | 1,7 | -0,4 |
| EINFUHR | 8,3 | 6,8 | 2,2 | 4,4 | -2,2 |
| AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik) | | | | | |
| Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte) | | | | | |
| AUSFUHR | 15,4 | 17,9 | 10,7 | 23,1 | 20,3 |
| Eurozone | 16,5 | 18,9 | 14,0 | 23,9 | 19,4 |
| EU-Nicht-Eurozone | 14,0 | 16,5 | 10,6 | 21,9 | 17,1 |
| Drittländer | 14,9 | 17,6 | 8,1 | 23,0 | 22,3 |
| EINFUHR | 28,6 | 31,4 | 26,4 | 37,6 | 30,7 |
| Eurozone | 19,4 | 22,6 | 14,2 | 27,3 | 26,9 |
| EU-Nicht-Eurozone | 18,0 | 23,3 | 17,3 | 33,4 | 20,4 |
| Drittländer | 39,7 | 40,9 | 39,6 | 46,2 | 37,1 |

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

EINGETRÜBTE AUSSICHTEN FÜR DIE INDUSTRIEKONJUNKTUR

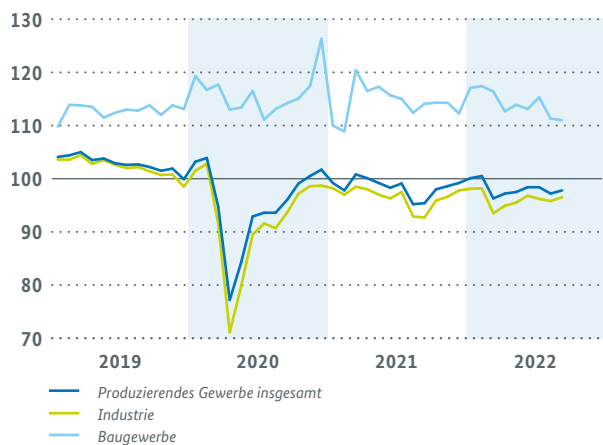
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im September gegenüber dem Vormonat um 0,6% gestiegen. Während der Ausstoß in der Industrie um 0,7% zunahm, kam es im Baugewerbe zu einem Rückgang von 0,3%. Der Bereich Energie verzeichnete einen Zuwachs um 1,7%.

In den einzelnen Industriebranchen kam es zu unterschiedlichen Entwicklungen: Im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile gab es ein kräftiges Plus von 9,3% im Vormonatsvergleich. Auch pharmazeutische Erzeugnisse (+10,9%),

Kokerei und Mineralölverarbeitung (+10,5%), Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse (+3,8%), Papier und Pappe (+1,2%) sowie Metallerzeugnisse (+0,9%) meldeten Zuwächse. Andere Wirtschaftszweige indes, wie die energieintensiven chemischen Erzeugnisse (-2,9%) sowie Glas, Glaswaren und Keramik (-1,3%), aber auch der Maschinenbau (-1,7%), verzeichneten Abnahmen ihrer Produktion.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIEVeränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

| | 2.Q. | 3.Q. | Jul. | Aug. | Sep. |
|-------------------------|------|-------|-------|------|------|
| PRODUKTION | | | | | |
| Insgesamt | -0,9 | 0,5 | -0,6 | -0,4 | 0,7 |
| Vorleistungsgüter | -1,2 | -1,9 | -0,5 | -2,5 | -0,1 |
| Investitionsgüter | -0,1 | 2,9 | -0,1 | 0,7 | 1,1 |
| Konsumgüter | -2,2 | -0,5 | -2,2 | 1,7 | 1,4 |
| UMSÄTZE | | | | | |
| Insgesamt | -0,6 | 1,9 | -2,0 | 1,2 | 0,2 |
| Inland | -1,7 | 0,1 | -1,9 | 0,1 | 0,7 |
| Ausland | 0,3 | 3,6 | -2,1 | 2,3 | -0,3 |
| AUFTRAGSEINGÄNGE | | | | | |
| Insgesamt | -5,4 | -1,6 | 1,3 | -2,0 | -4,0 |
| Inland | -1,1 | -5,0 | -3,7 | -2,6 | 0,5 |
| Ausland | -8,4 | 0,8 | 5,0 | -1,7 | -7,0 |
| Vorleistungsgüter | -3,5 | -1,9 | 1,8 | -3,7 | -3,4 |
| Investitionsgüter | -8,2 | 0,1 | 4,0 | -2,1 | -6,0 |
| Konsumgüter | 5,4 | -10,4 | -15,9 | 6,0 | 7,2 |

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



Die Auftragseingänge sind im September gegenüber dem Vormonat um 4,0% gesunken. Bereits im August waren sie um 2,0% gefallen. Insgesamt lagen die Bestellungen zuletzt 10,8% unterhalb des Vorjahresniveaus. Der Rückgang im Vormonatsvergleich war auf einen Einbruch der Auslandsnachfrage zurückzuführen: Während die inländischen Bestellungen noch leicht im Plus lagen, sanken die Auftragseingänge aus dem Ausland um 6,3% (Nicht-Euroraum) bzw. sogar 8,0% (Euroraum). Auf Branchenebene schlugen kräftige Rückgänge in den beiden größten Industriebereichen Kfz (-9,0%) und Maschinenbau (-8,1%) auf den Gesamtindex durch. Der Höhenflug der Auftragseingänge, der sich nach der Corona-Pandemie im Zuge von Nachholeffekten eingestellt hatte, scheint beendet zu sein. Die Auftragseingänge liegen nun wieder auf einem Niveau wie vor der Corona-Krise.

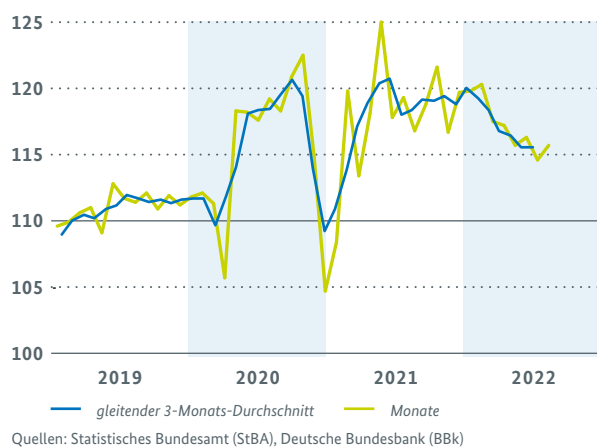
Für die Industriekonjunktur bleibt der Ausblick auf die kommenden Monate eingetrübt, auch wenn die Industrieproduktion am Ende des dritten Quartals noch einmal zulegen und es im Quartalsvergleich zu einem beachtlichen Plus um 0,5% gekommen ist. So ist die Nachfrage merklich rückläufig und die Stimmung in den Unternehmen deutlich unterkühlt.

UMSATZ IM EINZELHANDEL LEGT WIEDER ZU – TROTZ EINBRUCH BEI TANKSTELLEN

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz haben sich im September gegenüber dem Vormonat um 0,9% erhöht. Dabei ist zu beachten, dass der Tankstellen-Umsatz mit einem Minus von 15,7% so stark wie noch nie seit Beginn der Erhebung der Zeitreihe zurückgegangen ist. Ende August ist der Tankrabatt ausgelaufen und die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zuvor offensichtlich noch einmal kräftig ihre Vorräte aufgefüllt. Im Vergleich zum September

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



2021 meldete der Einzelhandel ein (reales) Umsatzminus von 0,9%, was zu einem beträchtlichen Teil auch auf die hohen Preissteigerungen im Einzelhandel zurückzuführen ist. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist zu einem Umsatzplus von 9,9%. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im September im Vergleich zum Vormonat eine Zunahme des realen Umsatzes von 2,6% (ggü. Vorjahresmonat -2,4%). Der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren meldete ein Umsatzplus von 9,9% (ggü. Vorjahresmonat +11,8%). Der Internet- und Versandhandel verbuchte im September einen Anstieg um 5,8% (ggü. Vorjahresmonat -1,0%). Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halterinnen und Halter haben im Oktober um 5,3% abgenommen, nachdem es allerdings in den fünf Monaten zuvor zu teilweise kräftigen Steigerungen gekommen war.

Die Talfahrt bei der Stimmung in den privaten Haushalten ist laut dem GfK Konsumklima zumindest erst einmal gestoppt. Für November wird ein leichter Anstieg prognostiziert, gleichwohl liegt das Konsumklima aber nach wie vor auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel hingegen trübten sich im Oktober erneut ein. Der Saldo der Meldungen liegt hier inzwischen auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Beurteilung der Geschäftslage im Einzelhandel erweist sich jedoch gemäß ifo als vergleichsweise stabil und hat sich zuletzt sogar wieder leicht verbessert.

INFLATIONSRATE IM OKTOBER ERNEUT AUF HISTORISCHEM NIVEAU

Die Inflationsrate, gemessen am Anstieg des Verbraucherpreisniveaus binnen Jahresfrist, hat sich im Oktober weiter auf 10,4% erhöht. Dieser Wert entspricht dem höchsten Stand seit Dezember 1951. Damals hatte ein knappes Güterangebot kurz nach der Währungsreform für hohe Inflationsraten gesorgt. Damit stieg die Rate im Oktober 2022 um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (September: +10,0%). Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag mit +5,0% (September: +4,6%) erneut nicht einmal halb so hoch wie die Gesamtrate, allerdings auf dem höchsten Stand seit Dezember 1993.

Die Teuerung der Energieträger fiel erneut sehr kräftig aus (+43,0%; September: 43,9%). Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel verzeichnete mit +20,3% ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (September: +18,7%). Insbesondere hier wirkten sich Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen preiserhöhend aus. Im September stiegen die Erzeugerpreise binnen Jahresfrist mit +45,8% so stark wie im Vormonat, als bereits ein trauriger Rekord seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949 aufgestellt wurde. Die Importpreise verteuerten sich im September um +29,8% gegenüber dem Vorjahr, gingen



aber gegenüber dem Vormonat leicht zurück (-0,9%). Der Anstieg der Großhandelsverkaufspreise fiel im September ebenfalls erneut stärker aus (gegenüber September 2021: +19,9%; gegenüber August 2022: +1,6%).

VERBRAUCHERPREISINDEX

| Veränderung in % | ggü. Vormonat | | ggü. Vorjahresmonat | |
|---|---------------|------|---------------------|------|
| | Sep. | Okt. | Sep. | Okt. |
| Insgesamt | 1,9 | 0,9 | 10,0 | 10,4 |
| Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation) | 1,1 | 0,4 | 4,6 | 5,0 |
| Nahrungsmittel | 1,8 | 1,3 | 18,7 | 20,3 |
| Wohnung, Betriebskosten | 1,3 | 1,8 | 12,7 | 13,7 |
| Gesundheitspflege | 0,3 | 0,2 | 1,7 | 2,2 |
| Verkehr | 9,7 | 0,2 | 14,0 | 12,0 |
| Nachrichtenübermittlung | -0,1 | 0,1 | -0,5 | -0,3 |
| Freizeit, Unterhaltung, Kultur | -2,7 | -0,4 | 5,9 | 6,4 |
| Bildungswesen | 1,6 | 0,6 | 2,3 | 2,9 |
| Beherbergungs- u. Gaststättendienstl. | 0,6 | 0,2 | 9,0 | 8,8 |
| Energie | 6,9 | 3,4 | 43,9 | 43,0 |
| Kraftstoffe | 9,9 | 0,2 | 43,9 | 33,8 |
| Dienstleistungen | 0,9 | 0,3 | 3,6 | 4,0 |
| Insgesamt (saisonbereinigt) | 2,1 | 1,0 | - | - |

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

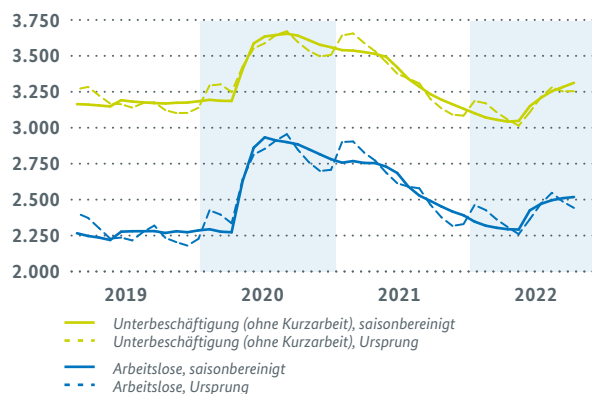
Preisdämpfend dürfte sich die Mehrwertsteuersenkung für Erdgaslieferungen und Fernwärme von 19% auf 7% aus dem dritten Entlastungspaket auf die Inflationsrate ausgewirkt haben. Dennoch stiegen die Preise hier deutlich gegenüber dem Vorjahresmonat (Gas: +109,8%; Fernwärme: +35,6%). Auch für die nächsten Monate werden hohe Inflationsraten erwartet. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einem Anstieg um 8,0% aus. 2023 wird dank der Gas- und Strompreisbremsen mit einer Dämpfung gerechnet (+7,0%). Diese Einschätzung wird auch von dem Sachverständigenrat in seinem jüngsten Jahresgutachten geteilt (+8,0% bzw. +7,4%).

SEITWÄRTSBEWEGUNG AM ARBEITSMARKT

Im Oktober zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust, aber Spuren der schlechten konjunkturellen Aussichten werden erkennbar. So fällt die typische Herbstbelegung etwas schwächer aus als gewöhnlich. Insgesamt kam es zu einer Seitwärtsbewegung der Beschäftigtenzahlen. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit hat weiter nachgelassen und lag im Oktober bei 8.000 Personen. Die Fluchtmigration aus der Ukraine wirkte sich darin nicht mehr erhöhend aus, sondern ist nun in der Unterbeschäftigung

sichtbar, wo Menschen in Sprachkursen und anderen Maßnahmen erfasst werden. Die Zahl der Unterbeschäftigten lag im Oktober saisonbereinigt um 29.000 Personen über dem Vormonat. Die Erwerbstätigkeit stagnierte im September auf einem Höchststand, wobei der August aufwärts revidiert wurde (+12.000 Personen). In der Erstmeldung war ein Rückgang berichtet worden. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im August nach saisonbereinigter Rechnung ein merkliches Plus (+31.000 Personen). Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im August bei rund 0,1 Mio. Personen und war damit etwas aufwärtsgerichtet. Die Anzeigen deuten auf einen weiteren leichten Anstieg hin. Betrachtet nach Wirtschaftszweigen, sind die besonders energieintensiven Branchen bislang unauffällig. Die Frühindikatoren sind weiter gesunken und sprechen für eine Abkühlung beim Beschäftigungsaufbau. Insgesamt aber versuchen die Unternehmen, angesichts der bestehenden Engpässe am Arbeitsmarkt ihre Beschäftigten zu halten.

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

INSOLVENZEN IM JAHR 2022 INSGESAMT UNTER VORJAHRESNIVEAU

Die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen der vergangenen beiden Jahre hält weiterhin an und die Zahlen bleiben auch im Jahr 2022 bisher unverändert unter Vorjahresniveau. Nach endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes meldeten die deutschen Amtsgerichte von Januar bis August 2022 mit insgesamt 9.414 beantragten Unternehmensinsolvenzen 2,3% weniger Anträge als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Als Frühindikator gibt die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen Hinweise auf die künftige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Nach einem deutlichen Rückgang der Regelinsolvenzen im September von 20,6% ggü. dem Vormonat gab es im Oktober

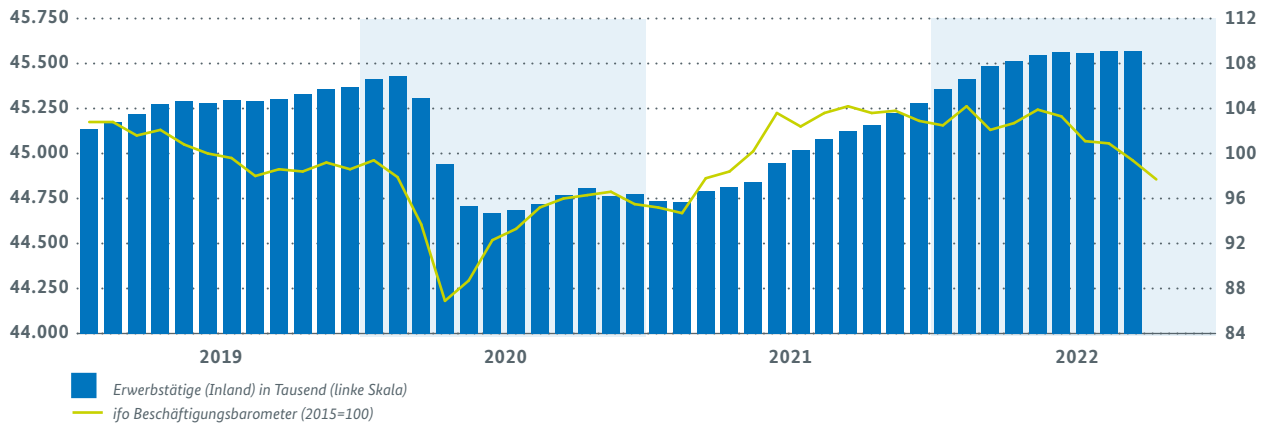


mit 18,4% mehr beantragter Verfahren ggü. dem Vormonat eine Gegenbewegung. Expertinnen und Experten des IW Halle gehen von steigenden Insolvenzzahlen in den nächsten Monaten aus; eine „Insolvenzwelle“ wird derzeit jedoch nicht erwartet. Allerdings stellen die Folgen des Kriegs in

der Ukraine und die drastisch gestiegenen Energiepreise für viele Unternehmen Belastungen dar, deren Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen in den nächsten Monaten nur schwer abzuschätzen sind.

ifo BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

| | 2.Q. | 3.Q. | Aug. | Sep. | Okt. |
|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| in Mio. (Ursprungszahlen) | 2,311 | 2,501 | 2,547 | 2,486 | 2,442 |
| ggü. Vorjahr in 1.000 | -380 | -43 | -31 | 21 | 65 |
| ggü. Vorperiode in 1.000* | 14 | 155 | 26 | 13 | 8 |
| Arbeitslosenquote | 5,0 | 5,5 | 5,6 | 5,4 | 5,3 |

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

| | 2.Q. | 3.Q. | Jul. | Aug. | Sep. |
|---------------------------|------|------|------|------|------|
| in Mio. (Ursprungszahlen) | 45,5 | 45,6 | 45,6 | 45,6 | 45,8 |
| ggü. Vorjahr in 1.000 | 670 | 491 | 534 | 490 | 448 |
| ggü. Vorperiode in 1.000* | 123 | 22 | -9 | 12 | 0 |

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

| | 1.Q. | 2.Q. | Jun. | Jul. | Aug. |
|---------------------------|------|------|------|------|------|
| in Mio. (Ursprungszahlen) | 34,3 | 34,4 | 34,4 | 34,3 | 34,6 |
| ggü. Vorjahr in 1.000 | 693 | 668 | 636 | 587 | 573 |
| ggü. Vorperiode in 1.000* | 220 | 102 | 28 | 11 | 31 |

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

BIP-NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2022 UND DAS 1. QUARTAL 2023

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt -0,5 % für das vierte Quartal 2022 bzw. -0,6 % für das erste Quartal 2023 (Stand 14. November).¹

Gegenwärtig schätzt das Prognosemodell des Nowcast sowohl für das vierte Quartal 2022 als auch für das erste Quartal 2023 einen saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal von 0,5 % bzw. 0,6 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Die tatsächlichen Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung für das vierte Quartal 2022 bzw. für das erste Quartal 2023 werden vom Statistischen Bundesamt Ende Januar und Ende April 2023 veröffentlicht.

Die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf wird durch die Abbildung veranschaulicht: Der Schätzwert für das vierte Quartal 2022 belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Juli auf +0,2 %. Ende Juli bzw. Anfang August fiel der Wert auf bis zu -0,7 % zurück. Grund hierfür waren die Unsicherheiten um die Liefermengen russischen Erdgases im Rahmen der Wartung der Nordsee-Pipeline Nord Stream 1. Die Erholung bis Anfang September auf -0,2 % durch die guten Zahlen der Kfz-Neuzulassungen in Italien und Frankreich waren nur von kurzer Dauer. Mäßig gute Produktionsdaten aus dem europäischen Ausland sowie verschlechterte Umfragewerte in der Industrie als auch bei Konsumentinnen und Konsumenten im In- und Ausland führten bis Ende September zu einem Absturz auf bis zu -1,5 %. Eine verbesserte Lage in der heimischen Pkw-Produktion sowie der Industrieproduktion und den Außenhandelsdaten in Frankreich sorgten für eine deutliche Erholung im Oktober.

Für die leichten Schwankungen in den letzten Wochen waren überwiegend die positiven (Euroraum) und negativen (Deutschland) Veränderungen der Umfragewerte verantwortlich. Zuletzt gab es durch die guten Umsätze in der deutschen Industrie trotz gleichzeitigem Rückgang der Auftrageingänge eine leichte Verbesserung auf aktuell -0,5 %.

Auch der Nowcast für das erste Quartal 2023 veränderte sich in den letzten Wochen kaum. Bei erstmaliger Berechnung Anfang Oktober belief sich der Schätzwert auf -0,6 %. Für den Rückgang auf -0,7 % Ende Oktober war die schlechtere Lageeinschätzung in der deutschen Wirtschaft verantwortlich. Durch die etwas verbesserten Zukunftsaussichten in der Wirtschaft sowie bei Konsumentinnen und Konsumenten und den guten BIP-Zahlen für das dritte Quartal 2022 erholte sich die Schätzung zuletzt etwas. Mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um -0,6 % ggü. dem Vorquartal wird allerdings weiterhin eine Rezession prognostiziert.

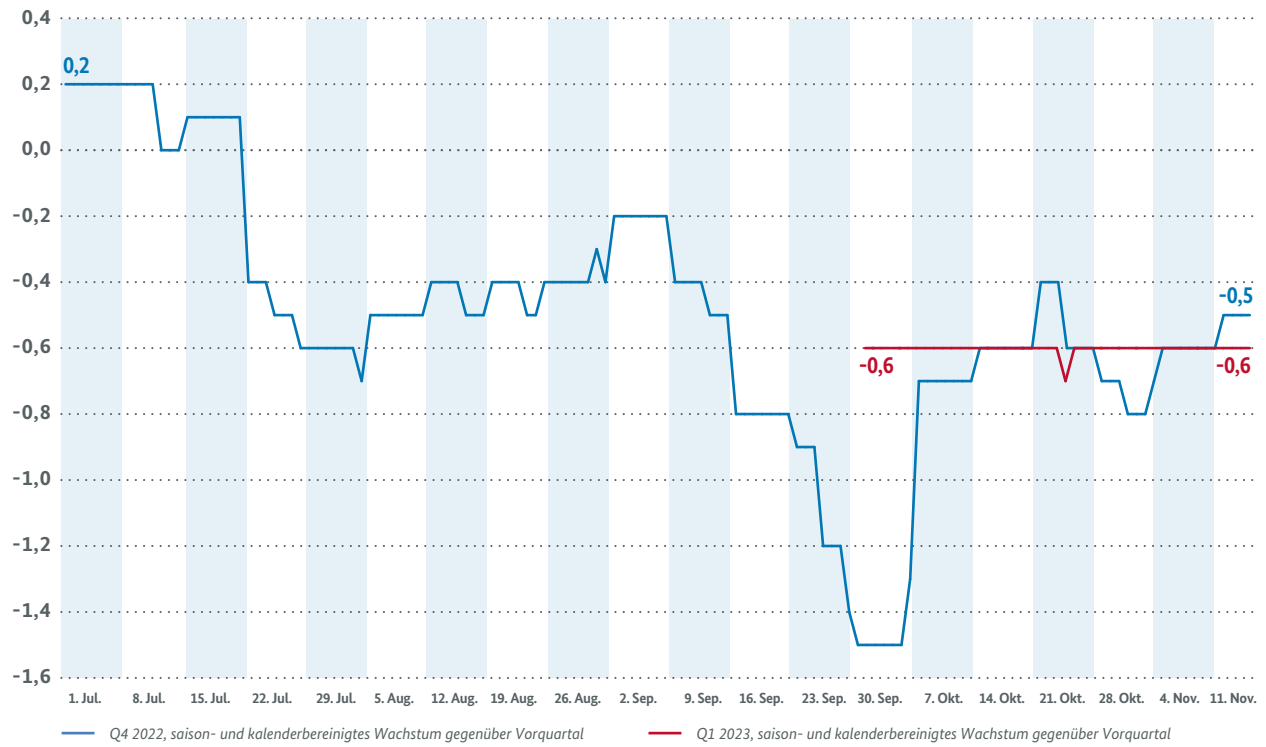
Der Nowcast zum vierten Quartal 2022 und dem ersten Quartal 2023 passt zu der Einschätzung in der Herbstprojektion, die ebenfalls von einer Rezession im Winterhalbjahr 2022/23 ausgeht. Die Bundesregierung erwartet in der Folge für das kommende Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Im laufenden Jahr wird durch die guten ersten drei Quartale ein Wachstum von 1,4 % in der Herbstprognose erwartet.

Weiterhin führen die großen Preissteigerungen, die anhaltend hohen Energiepreise sowie die zwar nachlassenden, aber immer noch vorhandenen Lieferkettenprobleme zu einer großen Unsicherheit in der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Die daraus resultierende pessimistische Zukunftseinschätzung der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Unternehmerinnen und Unternehmer belastet die wirtschaftliche Entwicklung. Mit dem Abwehrschirm sowie den Maßnahmen der Entlastungspakete sorgt die Bundesregierung für Stabilität und trägt zu einer langfristig positiven Entwicklung der Wirtschaftsleistung bei.

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsproduktes wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2022 UND DAS 1. QUARTAL 2023 IN %


DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZUM ENDE DES JAHRES 2022

1. GETRÜBTE WACHSTUMSPERSPEKTIVEN UND VERSTÄRKTE RISIKEN PRÄGEN DIE WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

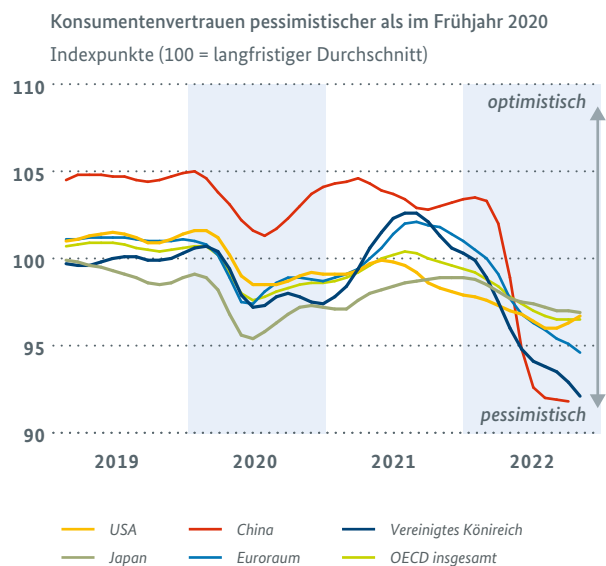
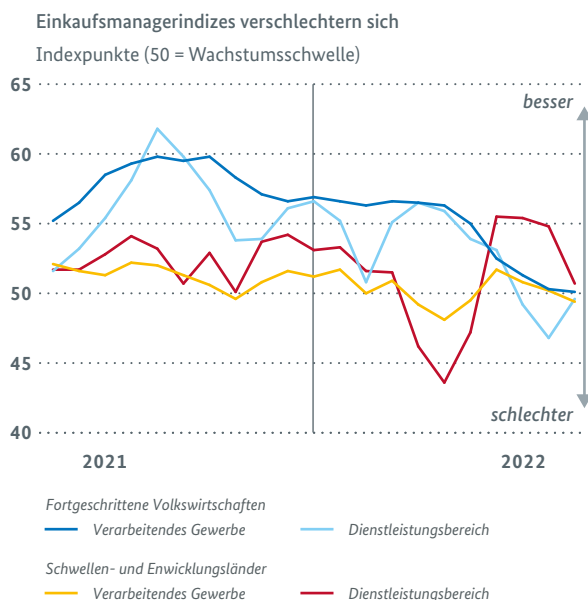
Die globalen Wachstumsaussichten haben sich zum Ende des Jahres 2022 weiter eingetrübt, die Risiken haben zugenommen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dämpft in allen Regionen das Wachstum, treibt die Inflation und verstärkt Knappheiten in Einzelmärkten. Der Rückgang des Wachstums in China – bedingt durch die dortige Immobilienkrise und die strikte Corona-Eindämmungspolitik – bremst die Entwicklung zusätzlich. Von höheren Energiepreisen ist Europa besonders betroffen. Die baltischen und osteuropäischen Staaten sowie Deutschland spüren die größten Auswirkungen, ihr Wachstum hat sich im zweiten und dritten Quartal stark verlangsamt und ihre Inflationsraten sind in die Höhe geschneilt. In ganz Europa kommen ein schwächeres Verbrauchervertrauen und eine verlangsamte Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund zwar nachlassender, aber immer noch anhaltender Unterbrechungen der Lieferketten und steigender Inputkosten erschwerend hinzu. Unterschiede innerhalb Europas beruhen im Wesentlichen auf unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen: das Produzierende Gewerbe ist viel stär-

ker von den gestiegenen Energiepreisen betroffen als der Dienstleistungssektor.

STIMMUNG BEI UNTERNEHMEN SOWIE KONSUMENTEN UND KONSUMENTEN WELTWEIT WENIG ZUVERSICHTLICH

Einkaufsmanagerindizes, als Gradmesser der Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe und bei Dienstleistungsunternehmen, zeigen über das Jahr hinweg einen recht turbulenten Verlauf, der u. a. die chinesischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und deren spätere Lockerung reflektiert. Am aktuellen Rand fällt die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe der Schwellenländer knapp unter die Wachstumsschwelle, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verbleibt sie nur knapp darüber. Der graduelle Rückgang der Stimmungsindikatoren dürfte die Abschwächung der globalen Nachfrage widerspiegeln und sich in den kommenden Monaten weiter fortsetzen. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher ist in den großen Wirtschaftsräumen gesunken – einzig die Haushalte in den USA zeigen eine leichte Tendenz zum Optimismus.

ENTWICKLUNG VON EINKAUFSMANAGERINDIZES UND KONSUMENTENVERTRAUEN



ENTWICKLUNGSLÄNDER BESONDERS UNTER DRUCK

Viele Entwicklungsländer stehen mit Blick auf die Ernährungssicherheit vor großen Herausforderungen. Der Einbruch der Lebensmittelexporte aus der Ukraine insbesondere zu Beginn des Kriegs hat die Lebensmittelpreise ansteigen lassen. Diese Dynamik wird von angebotsseitigen Faktoren wie z. B. die von mehreren Ländern eingeführten Exportbeschränkungen noch verstärkt. Dürreperioden in Teilen Chinas und den USA sowie die Weitergabe höherer Düngemittelpreise lassen für die mittlere Frist eher eine Verschärfung als eine Entspannung der Lage erwarten. Besonders betroffen sind Länder, deren Ernährung auf Lebensmittel mit den größten Preissteigerungen ausgerichtet ist (insb. Weizen und Mais) oder die stärker von Lebensmittelimporten abhängig sind. Staaten, deren Bevölkerungen bereits vor dem Krieg an Unterernährung und überhöhter Sterblichkeit litten, verzeichnen besonders schwerwiegende Auswirkungen. Beispielsweise machen in afrikanischen Ländern südlich der Sahara Lebensmittel etwa 40% des Warenkorbs aus. Zudem werden globale Preisänderungen relativ stark auf inländische Lebensmittelpreise überwälzt. Die ungenügende Ernährungssicherheit in zahlreichen Ländern in Afrika, Asien und dem Nahen Osten erfordern sozialpolitische Maßnahmen, die ohnehin angespannte Staatshaushalte belasten.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) beschreibt die Gefahr einer ungeordneten Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. Für viele Schwellen- und Entwicklungsländer sei das außenwirtschaftliche Umfeld bereits jetzt sehr schwierig. Die starke Aufwertung des US-Dollars verstärke den inländischen Preisdruck und die Lebenshaltungskostenkrise in diesen Ländern erheblich. Die Kapitalströme hätten sich nach Corona nicht erholt. Viele einkommensschwache Volkswirtschaften befänden sich bereits in einer prekären Verschuldungssituation, die infolge steigender Zinsen verschärft werden könnte. Die konjunkturellen Schocks des Jahres 2022 drohten wirtschaftliche Schief lagen, die sich nach der Pandemie nur teilweise normalisiert hatten, wieder zu verstärken.

WACHSTUMSPROGNOSEN ERNEUT NACH UNTEN KORRIGIERT

Vor diesem recht düsteren Hintergrund sieht der IWF die konjunkturellen Abwärtsrisiken als hoch und die Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise als akute Herausforderung an. Gegenüber der Prognose aus dem Juli hat der IWF im Oktober weitere Abwärtsrevisionen vorgenommen. Deutschland ist besonders stark betroffen (siehe Tabelle 1).

Die Risiken sind aus Sicht des IWF überwiegend abwärtsgerichtet: Ein erneuter Anstieg des Ölpreises, eine stärkere

TABELLE 1: WACHSTUMSPROGNOSEN DES IWF UND IHRE ANPASSUNGEN

| | Projektion | | Revision ggü. Juli 2022 | |
|--------------------------------------|------------|------|-------------------------|------|
| | 2022 | 2023 | 2022 | 2023 |
| <i>Welt</i> | 3,2 | 2,7 | 0,0 | -0,2 |
| <i>Industrieländer</i> | 2,4 | 1,1 | -0,1 | -0,3 |
| <i>USA</i> | 1,6 | 1,0 | -0,7 | 0,0 |
| <i>Japan</i> | 1,7 | 1,6 | 0,0 | -0,1 |
| <i>Kanada</i> | 3,3 | 1,5 | -0,1 | -0,3 |
| <i>Eurozone</i> | 3,1 | 0,5 | 0,5 | -0,7 |
| <i> Deutschland</i> | 1,5 | -0,3 | 0,3 | -1,1 |
| <i> Frankreich</i> | 2,5 | 0,7 | 0,2 | -0,3 |
| <i> Italien</i> | 3,2 | -0,2 | 0,2 | -0,9 |
| <i> Spanien</i> | 4,3 | 1,2 | 0,3 | -0,8 |
| <i>Großbritannien</i> | 3,6 | 0,3 | 0,4 | -0,2 |
| <i>Schwellen-/Entwicklungsländer</i> | 3,7 | 3,7 | 0,1 | -0,2 |
| <i>Russland</i> | -3,4 | -2,3 | 2,6 | 1,2 |
| <i>China</i> | 3,2 | 4,4 | -0,1 | -0,2 |
| <i>Brasilien</i> | 2,8 | 1,0 | 1,1 | -0,1 |
| <i>Mexiko</i> | 2,1 | 1,2 | -0,3 | 0,0 |
| <i>Indien</i> | 6,8 | 6,1 | -0,6 | 0,0 |
| <i>Subsahara-Afrika</i> | 3,6 | 3,7 | -0,2 | -0,3 |

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen des IWF (2022)

Verschlechterung an den Finanzmärkten als erwartet, mit höheren Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen von Schwellenländern und verschärften Finanzierungsbedingungen für Unternehmen sowie eine Fortdauer der Immobilienkrise in China gelten als die größten Gefahren. Zudem äußert der IWF Sorgen, dass die globalen Lieferketten im Zuge einer „geopolitischen Fragmentierung“ dauerhaft in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Im aktuellen Jahresgutachten (09.11.2022) zeichnet der Sachverständigenrat ein sehr ähnliches Lagebild und erwartet, dass die Energiepreise in Europa und Asien im nächsten Jahr nur langsam sinken werden, was die Produktionskosten weiter erhöhen und zu einer fortschreitenden Überwälzung auf die Verbraucherpreise führen dürfte. Die Finanzierungsbedingungen dürften sich infolge der weltweiten Straffung der Geldpolitik ungünstiger entwickeln als in den vergangenen Jahren. Bei den angebotsseitigen Engpässen zeichne sich auch aufgrund der nachlassenden Nachfrage eine Entspannung auf hohem Niveau ab. Der weiterhin hohe Auftragsbestand vieler Unternehmen dürfte indes die Produktion stützen, wenn die angebotsseitigen Engpässe weiter abklingen. In seiner Prognose ist der Sachverständigenrat pessimistischer als der IWF und erwartet für die Weltwirtschaft ein Wachstum von 2,8% im Jahr 2022 und von 1,9% in 2023. Auch private Analysten sehen die Wachstumsperspektiven mehrheitlich pessimistischer als der IWF (Oxford Economics: 2,9% in 2022 und 1,3% in 2023).



2. WELTHANDEL: RÜCKKEHR ZU PRÄPANDEMISCHEM NIVEAU VERLANGSAMT SICH

Für das Wachstum des Welthandels erwartet der IWF eine deutliche Verlangsamung von 10,1% im Jahr 2021 auf voraussichtlich 4,3% im Jahr 2022 und 2,5% im Jahr 2023. Dies ist zwar ein stärkeres Wachstum als 2019 und 2020, als steigende Handelsschranken den Welthandel bzw. die COVID-19-Krise lähmten, es liegt aber deutlich unter dem historischen Durchschnitt. Die Verlangsamung spiegelt im Wesentlichen den Rückgang des globalen Produktionswachstums wider. Der *Global Supply Chain Pressure Index* der Federal Reserve Bank of New York ist in den letzten Monaten gesunken, was vor allem auf eine Verkürzung der Lieferzeiten in China zurückzuführen ist, liegt aber immer noch über seinem normalen Niveau, was auf anhaltende Störungen hinweist.

Dem *Kiel Trade Indicator* zufolge bilden sich die Staus in der Containerschifffahrt auf hohem Niveau langsam zurück. Die Frachtraten für den Warentransport von China nach Europa lagen im Oktober so niedrig wie zuletzt vor rund zwei Jahren. Die Handelswerte weltweit und für große Volkswirtschaften im Vergleich zum Vormonat sind tendenziell negativ, China legt bei den Exporten aber (preis- und saisonbereinigt) deutlich zu.

Dies ist im Einklang mit dem Containerumschlag-Index des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL), der im September mit saisonbereinigt 126,8 Punkten gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen ist, wobei der Zuwachs vor allem aus den chinesischen Häfen resultiert, während er sich in den nordeuropäischen Häfen abgeschwächt hat. Hier scheint sich die konjunkturelle Abschwächung durch die steigenden Energiepreise stärker im Containerumschlag auszuwirken als im Rest der Welt.

GÜTERMENGE AUF UNBEWEGTEN SCHIFFEN

Anteil an verschifften Gütern, in Prozent



Quellen: Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Trotz rückläufigem Wachstum des Welthandels haben sich die globalen Handelssalden ausgeweitet: Nach einer Schrumpfung im Zeitraum 2011–2019 ist die Summe der absoluten Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite aller Volkswirtschaften während der COVID-19-Krise gewachsen und dürfte bis Ende 2022 weiter ansteigen. Diese Bilanzverlängerung geht auf die Pandemie sowie den Anstieg der Rohstoffpreise zurück, der die Salden der Nettoexporteure von Öl erhöht und die der Nettoimporteure verringert hat. Eine Verlängerung der globalen Leistungsbilanz ist nicht zwangsläufig negativ. Tendenziell können übermäßige globale Ungleichgewichte aber Handelsspannungen und protektionistische Maßnahmen schüren oder das Risiko plötzlicher Währungs- und Kapitalflussbewegungen erhöhen.

3. INFLATION: WELTWEIT WEITER AUF DEM VORMARSCH, ABER WENDEPUNKT IN SICHT

Trotz eingetrübter Wachstumsaussichten revidiert der IWF die Vorhersage für die weltweite Inflation in 2022 und 2023 abermals auf nunmehr 8,8% bzw. 6,5% nach oben. Die starke Nachfrageerholung des letzten Jahres und eine anhaltende Umschichtung der Nachfrage zugunsten von Dienstleistungen haben die Teuerungsrate in die Höhe getrieben. 2022 erreichte sie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften den höchsten Stand seit 1982. Die Inflation ist zwar ein nahezu globales Phänomen, hat aber die schwerwiegendsten Auswirkungen auf einkommensschwache Gruppen in den Entwicklungsländern. Dort entfällt bis zur Hälfte der Konsumausgaben der Haushalte auf Lebensmittel, sodass sich die Inflation besonders stark auf Gesundheit und Lebensstandard der Menschen auswirkt. Trotz eines leichten Rückgangs des Verbraucherpreisindex im Juli und August erreichte die Inflation in den USA eines der höchsten Niveaus seit etwa 40 Jahren. In der Eurozone erreichte die Inflation im September 10%, in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird sie im dritten Quartal einen Spitzenwert von 11% erreichen: die höchste Rate seit 1999. In Europa wird die Inflation durch die kriegsbedingten Energieschocks besonders verstärkt, während in Asien ein moderaterer Einfluss auf die Lebensmittelpreise dazu beiträgt, dass die Inflation nicht so stark ansteigt wie andernorts. Die globale Kerninflation, gemessen ohne Lebensmittel- und Energiepreise, dürfte im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal bei 6,6% liegen, was die Weitergabe der Energiepreise, den Kostendruck in der Lieferkette und die angespannte Lage auf den Arbeitsmärkten, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, reflektiert.

Trotz einiger Unsicherheitsfaktoren sind die langfristigen Inflationserwartungen in den meisten großen Volkswirtschaften im Allgemeinen stabil geblieben. Unter der Prämisse, dass die großen Zentralbanken die geldpolitische Straffung fortsetzen und die Ener-



giepreise wieder sinken, dürfte der Höhepunkt der Inflationsentwicklung laut IWF in den meisten Ländern 2023 überschritten werden. Die Prognosen für 2024 sind relativ unverändert und spiegeln die Zuversicht wider, dass die Inflation zurückgeht, wenn die Zentralbanken ihre Politik straffen und die Energiepreise sinken. Der prognostizierte Inflationsrückgang ist für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften verhältnismäßig größer als für andere Ländergruppen. Dies steht im Einklang mit der Vorstellung, dass entwickelte Volkswirtschaften von einer größeren Glaubwürdigkeit der geldpolitischen Rahmenbedingungen profitieren und dass dies zu einer Verringerung der Inflation beiträgt. Vor diesem Hintergrund misst der Währungsfonds der Inflationsbekämpfung eine hohe Priorität bei, warnt aber auch vor möglichen negativen Effekten einer restriktiven Geldpolitik der entwickelten Volkswirtschaften auf einige stark verschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer. Weltweit stehe die Geld- und Fiskalpolitik vor der Herausforderung, bei der Konsolidierung eine Balance zwischen Behutsamkeit und Entschlossenheit zu finden.

4. EINZELNE LÄNDER UND REGIONEN: GRAUTÖNE DOMINIEREN ALLERORTEN

Die Konjunktur in den **USA** hat sich im Laufe des Jahres 2022 deutlich abgekühlt, im zweiten Quartal 2022 ist die US-Wirtschaft zum zweiten Mal in Folge geschrumpft. Das Wachstum wird gemäß IWF-Prognose von 5,7 % im Jahr 2021 auf 1,6 % im Jahr 2022 und 1,0 % im Jahr 2023 zurückgehen, der SVR erwartet 1,9 % (2022) und 0,4 % (2023). Das rückläufige verfügbare Einkommen beeinträchtigt die Verbrauchernachfrage, und auch die höheren Zinssätze wirken sich erheblich auf die Ausgaben aus, insbesondere auf die Immobilieninvestitionen. Am aktuellen Rand sind die Indizes gemischt: Stimmungsindikatoren im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe notierten zuletzt unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, während die Einzelhandelsumsätze (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) und die Industrieproduktion gewachsen sind. Auch der Arbeitsmarkt wirkt noch stützend. Die steigenden Zinsen dürften die Investitionen und den privaten Konsum allerdings weiter dämpfen und den Immobilienmarkt weiter eintrüben.

Mit Ausnahme von 2020, dem Beginn der COVID-19-Krise, erlebte **China** 2022 das niedrigste Wachstum seit mehr als vier Jahrzehnten. Erneute Corona-Ausbrüche und sehr restriktive Maßnahmen zu deren Eindämmung sowie die sich verschärfende Krise auf dem Immobilienmarkt haben die Wirtschaftstätigkeit stark reduziert. Zwar waren die jüngsten Monatsindikatoren wieder leicht aufwärtsgerichtet, die Erholung dürfte aber fragil bleiben. Unsicherheit über die fortgesetzte Null-Covid-Politik und mögliche weitere Lockdowns haben die Geschäftserwartungen für die kommenden 12 Monate auf den niedrigsten Wert seit Ausbruch der

Pandemie gebracht. Das Konsumentenvertrauen ist stärker zurückgegangen als im Frühjahr 2020. Da von der Auslandsnachfrage angesichts der weltweiten konjunkturellen Abkühlung kein positiver Impuls ausgehen dürfte, erwartet der SVR ein Wachstum des realen BIP von nur 3,5 % in 2022, der IWF geht von 3,2 % aus. Mit der Erwartung von 5,8 % Wachstum in 2023 blicken die Wirtschaftsweisen allerdings optimistischer auf das Reich der Mitte als der IWF (+4,4 %).

In **Japan** sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiterhin mehr zu spüren als in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Das Land war stark von Covid-bedingten Schließungen in China und Störungen der Lieferketten betroffen. Die Lockerungen in China kamen Japan dagegen besonders zugute und die Konsumausgaben der privaten Haushalte erholten sich, insbesondere im Dienstleistungssektor. Die Verbraucherpreisinflation erreichte mit 3,0 % gegenüber dem Vorjahr im August 2022 den höchsten Wert seit drei Jahrzehnten. Dies ist maßgeblich der Abwertung des Yen, als Folge des Festhaltens der Notenbank an ihrer expansiven Strategie, geschuldet, die die japanischen Importe verteuert. Das schwache außenwirtschaftliche Umfeld belastet zudem die exportorientierte Wirtschaft. Die Abkühlung der Weltwirtschaft dürfte die Erholung in Japan allerdings nur verlangsamen, aber nicht grundsätzlich gefährden. Der Sachverständigenrat und der IWF erwarten daher für 2022 und 2023 konstante Wachstumsraten von je 1,5 % (SVR) bzw. 1,7 % (IWF).

Für die **Eurozone** hebt die EU-Kommission ihre jüngste Prognose für 2022 nach zuletzt unerwartet hohem Wachstum auf 3,2 % an, senkt sie jedoch für 2023 auf 0,3 %. Damit liegen ihre Erwartungen sehr nahe bei denen des SVR (+0,3 %) und IWF (+0,5 %). 2024 erwartet die EU-Kommission wieder moderates Wachstum mit 1,5 % und eine „gezähmte“ – jedoch weiter über dem EZB-Ziel von 2 % liegende – Inflationsrate von 2,6 %. Ein historisch großer Terms-of-trade-Schock wegen der kriegsbedingten Turbulenzen auf den Energiemärkten erodiere die Kaufkraft privater Haushalte. Höhere Kosten für Arbeit und Kapital dämpften die Finanzierungsfähigkeit von Firmen, angebotsseitige Störungen aufgrund von Knappheiten hielten an; insg. erwartet die EU-Kommission deutlich fallende Investitionen, jedoch keine größere Zerstörung von Kapital und nur begrenzt steigende Insolvenzen. Bei der Inflation geht die EU-Kommission bis Jahresende von weiter steigenden Energiepreisen aus, staatliche Unterstützungsmaßnahmen erschwerten aber die Prognose. Die Diversifikation der Energieversorgung gehe über den Prognosehorizont (2024) hinaus, die Energiepreise dürften 2024 wieder fallen. Ähnliches sagt die EU-Kommission bei Lebensmitteln voraus, sodass sie die Kerninflation (ohne Preise für Lebensmittel und Energie) in 2024 überwiegend über der Gesamtinflationsrate sieht. Letztere sieht die EU-Kommission 2022 bei 8,5 % und 2023 bei 6,1 %.



Russland und seine Binnenwirtschaft zeigen sich weiterhin robuster als erwartet. Insbesondere das Exportgeschäft mit Öl, Gas und Kohle war lukrativer, als die meisten Prognosen vorhergesehen hatten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Sanktionen wirkungslos sind. Vielmehr dürfte sich die volle Wirkung der Sanktionen stärker als zunächst gedacht in den Zahlen für 2023 niederschlagen. Die militärische Teilmobilisierung von bis zu 1 Mio. Personen und die damit verbundenen Fluchtbewegungen dürften die Erwerbspersonenzahl und damit das Arbeitsangebot deutlich reduzieren. Die beschlossenen Sanktionen gegen russisches Rohöl sowie die weitestgehende Einstellung der Erdgaslieferungen nach Europa drücken die Konjunktur zudem nachhaltig. Demgegenüber wirkt insbesondere der Staatskonsum derzeit stützend. Unter der Einschränkung, dass die Prognose mit großer Unsicherheit behaftet ist, geht der SVR von einem negativen Wirtschaftswachstum von je -5,2% in 2022 und 2023 aus. Der IWF erwartet mit -3,4% in 2022 und -2,3% in 2023 deutlich kleinere Einbrüche.

In der Gesamtschau sind die Risiken präsenter als die Chancen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

November 2022

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 3, 7: pichitstocker / iStock; S. 2: BMWK / Dominik Butzmann; S. 11: sompong_tom / iStock; S. 13: Sachverständigenrat Wirtschaft; S. 15: sebastian-julian / iStock; S. 16: FredFroese / iStock; S. 18: gorodenkoff / iStock; S. 19 User6702303 / Freepik; S. 21: onurdongel / iStock; S. 22: rawpixel.com / Luke Stackpoole; S. 23: Drazen Zigic / iStock; S. 24: valeria_aksakova / Freepik

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.